

Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
University of Applied Sciences

HOCHSCHULE FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG UND FINANZEN LUDWIGSBURG

**Die Schuldenbremse im Grundgesetz und deren Umsetzung
- eine kritische Würdigung**

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades eines
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang Public Management – gehobener
Verwaltungsdienst

vorgelegt von

René Schmalz

Studienjahr 2015/2016

Erstgutachter: Herr Prof. Dr. Oliver Sievering

Zweitgutachter: Herr Erich Stutzer

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	II
Abkürzungsverzeichnis	IV
Abbildungsverzeichnis	VI
Anlagenverzeichnis.....	VII
1 Einführung.....	1
2 Die Umsetzung der neuen Schuldenbremse im Grundgesetz	5
2.1 Der materiell ausgeglichene Haushalt und die Ausnahmen von diesem nach Art. 109 Abs. 3 GG	5
2.1.1 Ausnahmeregelungen auf Bundesebene.....	6
2.1.2 Ausnahmeregelungen auf Landesebene	6
2.2. Explizite Regelungen auf Bundesebene durch Art. 115 GG	7
2.2.1 Strukturelle Verschuldungskomponente	7
2.2.2 Konjunkturkomponente	8
2.2.3 Naturkatastrophen und außergewöhnliche Notsituationen ...	10
2.2.4 Kontrollkonto.....	11
2.2.5 Bereinigung um finanzielle Transaktionen	12
2.2.6 Keine Ausnahme mehr für Sondervermögen.....	12
2.3. Der Stabilitätsrat nach Art. 109a GG.....	13
2.4. Zusätzliche Bestimmungen in Art. 143d GG	15
2.4.1 Die Übergangsregelung des Art. 143d Abs. 1 GG	15
2.4.2 Konsolidierungsmaßnahmen für Bundesländer	15
2.5 Entwicklung in der Haushaltsplanung des Bundes 2015.....	16
3 Bezug zu anderen schuldenrechtlichen Bestimmungen.....	19
3.1 Das Verhältnis der neuen Schuldenbremse zum EU-Recht.....	19
3.1.1 Die Gestaltung der deutschen Schuldenbremse im Verhältnis zu den Referenzwerten der EU.....	20
3.1.2 Weitere Diskrepanz zum EU-Recht	22
3.2 Das Verhältnis der neuen Schuldenbremse zu anderen verfassungsrechtlichen Bestimmungen.....	22
3.2.1 Kompatibilität mit dem Bundesstaatsprinzip	22

3.2.2	Kompatibilität mit dem Demokratieprinzip.....	24
4	Bewertung der neuen Schuldenbremse im Grundgesetz	25
4.1	Bewertung der Schuldenbremse auf Bundesebene	25
4.1.1	Bewertung der Strukturkomponente	25
4.1.2	Bewertung der Konjunkturkomponente.....	28
4.1.3	Bewertung der Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen und außergewöhnliche Notsituationen.....	31
4.1.4	Bewertung des Kontrollkontos	33
4.1.5	Bewertung der Bereinigung um finanzielle Transaktionen....	36
4.1.6	Die Streichung der Ausnahme für Sondervermögen	37
4.2	Bewertung der Schuldenbremse auf Landesebene	38
4.3	Bewertung des Stabilitätsrats.....	39
4.4	Bewertung der Bestimmungen des Art. 143d GG	41
4.4.1	Bewertung der Übergangsregelung.....	41
4.4.2	Bewertung der Gewährung von Konsolidierungshilfen	42
4.5	Weitere Probleme der neuen Schuldenbremse.....	44
4.5.1	Keine Einbeziehungen von Kommunen und Sozialversicherungen.....	44
4.5.2	Fehlende Sanktionen durch unzureichende verfassungsrechtliche Kontrolle	44
5	Reformvorschläge	46
5.1	Reform der Strukturkomponente	46
5.2	Reform der Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen und außergewöhnliche Notsituationen	47
5.3	Reform des Kontrollkontos	48
5.4	Reform des Stabilitätsrats	49
5.5	Einbeziehung von Kommunen und Sozialversicherungen	50
5.6	Reform in Bezug auf Sanktionsmöglichkeiten	50
6	Fazit.....	52
	Anlagen	54
	Literaturverzeichnis	60
	Erklärung.....	66

Abkürzungsverzeichnis

a. F. =	alte Fassung
Abs. =	Absatz
abzgl. =	abzüglich
AEUV =	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Art. =	Artikel
Art115V =	Verordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente nach § 5 des Artikel 115- Gesetzes
Ausg. =	Ausgaben
BIP =	Bruttoinlandsprodukt
BGBI. =	Bundesgesetzblatt
bzgl. =	bezüglich
bzw. =	beziehungsweise
d. h. =	das heißt
Einn. =	Einnahmen
EU =	Europäische Union
gem. =	gemäß
GG =	Grundgesetz
ggf. =	gegebenenfalls
G115 =	Gesetz zur Ausführung von Artikel 115 des Grundgesetzes
Hrsg. =	Herausgeber
i. V. m. =	in Verbindung mit
KonsHilfG =	Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen
lt. =	laut
max. =	maximal
Mio. =	Millionen
Mrd. =	Milliarden
NKA =	Nettokreditaufnahme
S. =	Satz

S. =	Seite
s. =	siehe
StabiRatG =	Gesetz zur Errichtung eines Stabilitätsrates und zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen
vgl. =	vergleiche
v. =	vom
z. B. =	zum Beispiel

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung der öffentlichen Verschuldung seit 1970.....	2
Abbildung 2: Berechnung der Konjunkturkomponente	10
Abbildung 3: Die Kennzahlen des Stabilitätsrats	14
Abbildung 4: Die Schuldenbremse im Bundeshaushaltsplan 2015	18
Abbildung 5: Strukturelle Nettokreditaufnahme des Bundes seit 2011 ..	28
Abbildung 6: Stand des Kontrollkontos am Jahresende seit 2011.....	36

Anlagenverzeichnis

(Alle Anlagen befinden sich außerdem auf der CD)

Anlage 1: Bundeshaushaltsplan 2015, S. 21

Anlage 2: Nachtrag zum Bundeshaushaltsplan 2015, S. 14

Anlage 3: Haushaltsrechnung des Bundes 2012, S. 8

Anlage 4: Haushaltsrechnung des Bundes 2013, S. 8

Anlage 5: Haushaltsrechnung des Bundes 2014, S. 8

1 Einführung

„Das Opium des Staatshaushalts, das den Konsumenten immer süchtiger und abhängiger macht und eine Entziehungskur, sollte sie überhaupt einmal erfolgen, immer schmerzhafter.“¹

Mit dieser Aussage über Staatsverschuldung von Josef Isensee wird klar, dass Staatsverschuldung im Staatshaushalt nicht als hauptsächliches Finanzierungsinstrument verwendet werden sollte.

Bevor näher auf die Materie eingegangen wird, bedarf es zunächst jedoch der Beschreibung des Begriffs der Staatsverschuldung und der Erläuterung von anderen wichtigen Begriffen. Zum einen kann man die jährliche Nettokreditaufnahme, d. h. die gesamte innerhalb eines Jahres entstandene Kreditaufnahme (Bruttokreditaufnahme) abzgl. der Tilgungen für Kredite des Staates, als Staatsverschuldung ansehen. Bei einem Kredit handelt es sich um eine Beschaffung von Mitteln, die regelmäßig eine Rückzahlungs- und Verzinsungsverpflichtung aufweist.²

Zudem ist unter Staatsverschuldung auch der Schuldenstand zu verstehen. Dieser beschreibt den Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten. In Bezug zu diesem spielt die Schuldenstandsquote eine wichtige Rolle. Diese gibt das Verhältnis des Schuldenstands einer Körperschaft zum Bruttoinlandsprodukt an.³ Das BIP beschreibt den Wert aller in einem Land hergestellten Güter und Dienstleistungen innerhalb eines Jahres.⁴ Dadurch ist ein Vergleich der Staatsverschuldung zwischen mehreren Körperschaften möglich.

¹ Koemm, 2011, S. 1.

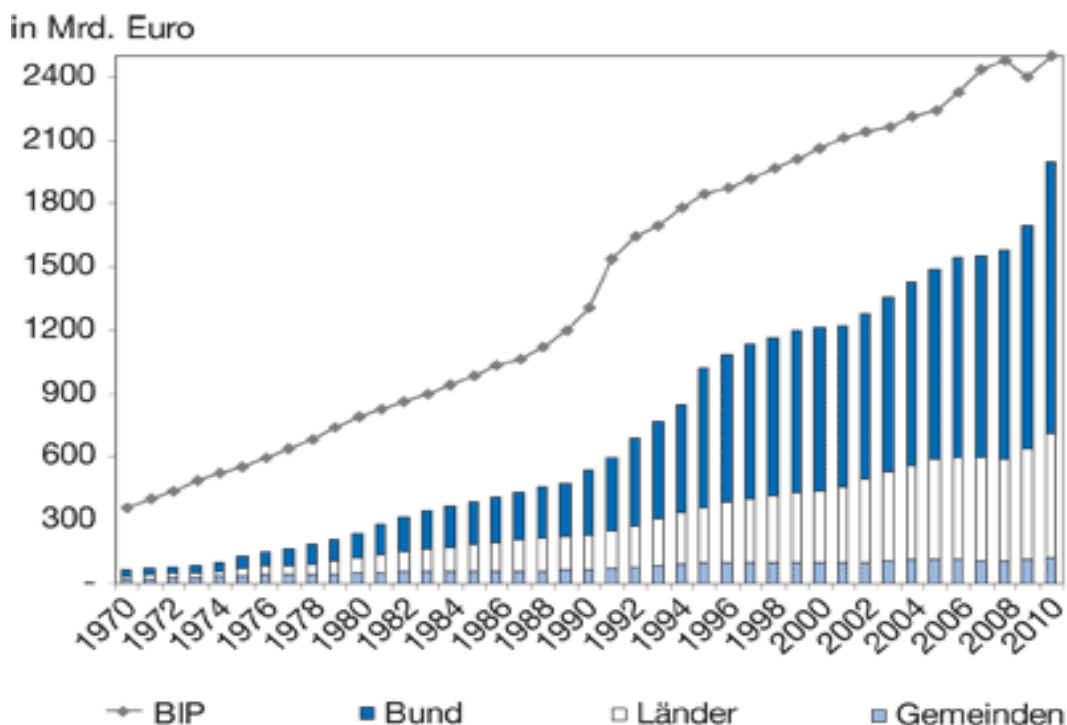
² Vgl. Hoff, 2007, S. 19.

³ Vgl. Klepzig, 2015, S. 34.

⁴ Beck/Prinz, 2011, S. 11.

Mit Hilfe der Schuldenstandsquote wird nun die aktuelle Lage bzgl. der angehäuften deutschen Staatsverschuldung betrachtet. Es wird ersichtlich, dass das oben genannte Zitat seit Jahrzehnten nicht beachtet wurde und der Stand der deutschen Staatsverschuldung sehr kritisch ist. Im Jahr 2010 betrug der Schuldenstand aller öffentlichen Haushalte, d. h. von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen, mehr als 2 Billionen Euro. Für 2010 ergibt dies eine Schuldenstandsquote von über 80%. Vor allem mit Blick auf die historische Entwicklung ist dieser Wert bedenklich. Im Jahr 1970 betrug der Schuldenstand 64 Mrd. Euro, die Schuldenstandsquote wies einen Wert von 18% auf. Innerhalb dieses Zeitraumes ist die Quote somit um mehr als 50% gestiegen. Insbesondere der Anstieg des Schuldenstands auf Bundesebene bereitet Anlass zu Sorgen. Allein dessen Schuldenstandsquote stieg in den 40 Jahren von 8,2% auf 51,6%.⁵

Abbildung 1: Entwicklung der öffentlichen Verschuldung seit 1970



Quelle: Wirtschaftsdienst

⁵ Vgl. Klepzig, 2015, S. 24.

Das Problem der steigenden Staatsverschuldung liegt insbesondere in der daraus entstehenden Zinsbelastung. Durch die Zahlungsverpflichtungen, die sich hieraus ergeben, wird der Handlungsspielraum des Staates deutlich eingeschränkt und Kredite können nicht mehr ausschließlich zur Finanzierung von zukunftsfördernden Investitionen genutzt werden.⁶

Im Zuge dessen besteht somit ein dringender Handlungsbedarf. Diesbezüglich ist kurz auf die bisherige Regelung zur Begrenzung der Staatsverschuldung einzugehen. Das Staatsschuldenrecht wurde durch die große Finanzreform 1967/1969 in Art. 109 GG a. F. und Art. 115 GG a. F. verankert. Danach waren Kreditaufnahmen zulässig, wenn dies mit dem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht vereinbar war. Zudem durften die Krediteinnahmen die Höhe der Investitionen nicht überschreiten. Als dritte Bestimmung bestand eine Ausnahmeregelung im Falle der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. In diesem Fall durften die Einnahmen aus Krediten die Investitionsgrenze überschreiten.⁷

Betrachtet man die Entwicklung des Schuldenstands seit der Einführung dieser Bestimmungen, wird ersichtlich, dass die Regelung gescheitert ist. Eine Ursache war die Unbestimmtheit des Investitionsbegriffs. Es wurden fälschlicherweise die Bruttoinvestitionen anstatt den Nettoinvestitionen, die um die Abschreibungen bereinigt sind, zur Berechnung der Kredithöchstgrenze herangezogen. Dadurch wurden Kredite nicht ausschließlich für zukunftsbegünstigende Investitionen aufgenommen, sondern auch um den Werteverlust von älteren Anlagen zu kompensieren. Eine weitere Schwäche war die fehlende Verpflichtung der Rückführung von Krediten, unzureichende Sanktionsmöglichkeiten und eine Umgehungsmöglichkeit in Bezug auf Sondervermögen, worauf im Verlauf dieser Arbeit nochmal eingegangen wird.⁸

⁶ Vgl. Kirchhof, P. 2005, S. 141.

⁷ Vgl. Klepzig, 2015, S. 78 – 80.

⁸ Vgl. Klepzig, 2015, S. 81-85.

Nach dem Scheitern dieser Bestimmungen war eine weitere Reform der Schuldenbegrenzungsregeln nötig. Im Jahr 2006 beschlossen Bundestag und Bundesrat daraufhin, dass die Bund-Länder-Finanzbeziehungen und das Staatsschuldenrecht reformiert werden sollten.⁹ Es entstand die Föderalismuskommission II. Diese bestand aus 16 Vertretern von Bund und Ländern und beschäftigte sich mit den oben genannten Themen.¹⁰ Nach Verzögerungen aufgrund der Wirtschaftskrise 2008 kamen die Verhandlungen im März 2009 dann doch zum Abschluss. Das neue Staatsschuldenrecht wurde als Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht.¹¹ Die Zustimmung von Bundesrat und Bundestag erfolgte im Mai und im Juni 2009. Es kam in Form der Integrierung der Schuldenbremse in das Grundgesetz zu einer grundlegenden Erneuerung der schuldenrechtlichen Bestimmungen.

Mit dieser neuen Schuldenbremse wird sich diese Arbeit beschäftigen. Durch die Arbeit sollen folgende Fragen beantwortet werden:

Trägt die Schuldenbremse anders als die bisherigen Schuldenbegrenzungsregeln zur dauerhaften Begrenzung der Schuldenstandsquote bei? Inwieweit sind die einzelnen Bestimmungen der Schuldenbremse mit diesem Ziel vereinbar und sind weitere Reformen dieser Regelungen nötig?

Nachdem in Kapitel zwei die Bestimmungen der neuen Schuldenbremse erläutert werden und im dritten Kapitel der Bezug zu weiteren schuldenrechtlichen Bestimmungen aufgezeigt wird, erfolgt in Kapitel vier eine ausführliche Bewertung der einzelnen Bestimmungen und es wird auf mögliche Schwächen dieser Regelungen eingegangen. Im fünften Kapitel wird aufgezeigt, welche weiteren Reformen der neuen Schuldenbremse sinnvoll wären.

⁹ Vgl. Buscher, 2010, S. 284.

¹⁰ Vgl. Neidhardt, 2010, S. 355.

¹¹ Vgl. Neidhardt, 2010, S. 357 -358.

2 Die Umsetzung der neuen Schuldenbremse im Grundgesetz

Durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 29.07.2009 wurden die grundsätzlichen Regelungen der Staatsverschuldung reformiert. Die Artikel 109 und 115 GG erhielten Änderungen. Zudem wurden Art. 109a und Art. 143d GG neu in das Grundgesetz eingefügt.¹² Die neuen Bestimmungen, insbesondere die Ausnahmeregelungen dieser Rechtsgrundlagen, werden im Folgenden erläutert.

2.1 Der materiell ausgeglichene Haushalt und die Ausnahmen von diesem nach Art. 109 Abs. 3 GG

Art. 109 Abs. 3 GG ist neben Art. 115 Abs. 2 GG einer der zwei zentralen Bestimmungen der neuen Schuldenbremse. Der erstgenannte Artikel schreibt nach seiner Reform vor, dass „die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen sind“. Beim Begriff des Kredits handelt es sich um die Nettokreditaufnahme, welche die aufgenommenen Kredite abzüglich dieser, die zur Tilgung oder Umschuldung aufgenommen werden, beschreibt.¹³

Die Aussage des Grundgesetzes steht zuerst einmal für einen grundsätzlich ausgeglichenen Haushalt, somit für ein Nullverschuldungsverbot, welches vor der Reform so nicht im Grundgesetz bestand.¹⁴ Betrachtet man jedoch das Wort grundsätzlich, stellt man fest, dass diese Regelung nicht ausnahmslos gilt. Sie ist lediglich der Grundsatz, von dem aber auch abgewichen werden kann. In den nächsten Kapiteln wird aufgezeigt, welche Ausnahmen für Bund und Länder bestehen.

¹² Gesetz v. 29.07.2009, BGBl. I S. 2248 – 2250.

¹³ Vgl. Neidhardt, 2010, S. 91.

¹⁴ Vgl. Ryczewski, 2011, S. 139.

2.1.1 Ausnahmeregelungen auf Bundesebene

Nach Art. 109 Abs. 3 S. 2 GG kann der Bund Ausnahmen einführen, um die konjunkturelle Entwicklung zu berücksichtigen und auch für außergewöhnliche Notsituationen oder Naturkatastrophen vorzusorgen. Da Art. 109 Abs. 3 GG jedoch nur die Ermächtigungsgrundlage zur Schaffung solcher Ausnahmeregelungen ist, wird im späteren Verlauf bei der Betrachtung des Art. 115 GG, welcher zur Regelung dieser Situationen beschlossen wurde, genauer auf diese beiden Ausnahmebestimmungen eingegangen. Gem. Art. 109 Abs. 3 S. 3 GG ist zu beachten, dass eine entsprechende Tilgungsregelung bei Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen und außergewöhnliche Notsituationen notwendig ist. Im Zusammenhang mit der Prüfung der beiden genannten Ausnahmeregelungen wird bei dieser Prüfung auch auf die Bestimmung des Art. 109 Abs. 3 S. 4 GG eingegangen, der festlegt, wann ein materiell ausgeglichener Haushalt mit Beachtung der Strukturkomponente auf Bundesebene vorliegt.

2.1.2 Ausnahmeregelungen auf Landesebene

Art. 109 Abs. 3 S. 5 GG regelt, wann in den Ländern ein ausgeglichener Haushalt im Sinne von Satz 1 vorliegt. Danach existiert für die Länder keine strukturelle Verschuldungskomponente. Unter strukturell versteht man Ausgaben und Einnahmen des Haushalts, die unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung entstehen, also diese, die um konjunkturelle Einflüsse bereinigt sind.¹⁵ Die Möglichkeit zur Einführung von Ausnahmeregelungen im Zuge der konjunkturellen Entwicklung und bei außergewöhnlichen Notsituationen oder Naturkatastrophen haben die Länder wie der Bund ebenfalls. Sie können hierfür Bestimmungen in ihren Landesverfassungen festlegen. Die Länder haben dementsprechend auch die Möglichkeit, diese Ausnahmen ähnlich wie der Bund, welche im späteren Verlauf der Arbeit betrachtet werden, zu gestalten. Jedoch ist auch hier die Pflicht zur Einführung einer Tilgungsregelung zu beachten.

¹⁵ Vgl. Brügelmann/Schaefer, 2012, S. 35.

Treffen die Länder keine Umsetzungsmaßnahmen, wozu sie auch nicht verpflichtet sind, ist eine Kreditaufnahme zukünftig keinesfalls möglich.¹⁶

Die Umsetzung bzw. die Integrierung der neuen schuldenrechtlichen Bestimmungen erfolgte bisher in der Hälfte der Bundesländer. Bis zum Ende des Jahres 2014 hatten sieben Länder Regelungen in ihre Landesverfassungen aufgenommen. Darunter fallen Bayern, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein.¹⁷ Zu Beginn des Jahres 2015 wurde auch in Bremen die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankert.¹⁸

2.2. Explizite Regelungen auf Bundesebene durch Art. 115 GG

Die Grundsätze des Art. 109 Abs. 3 GG werden ausschließlich für den Bund in Art. 115 GG spezialisiert.¹⁹ Art. 115 Abs. 1 GG setzt für die Kreditaufnahme eine Ermächtigung durch ein Bundesgesetz voraus, welches durch die Bestimmungen in Art. 109 Abs. 3 GG gegeben ist. In Art. 115 Abs. 2 GG erfolgt dann die Konkretisierung der genannten Grundsätze. Zur Ausübung des Art. 115 GG haben Bundestag und Bundesrat zudem ein Ausführungsgesetz (G115) beschlossen.²⁰

2.2.1 Strukturelle Verschuldungskomponente

Anders als für die Länder besteht für den Bund eine strukturelle Verschuldungskomponente. Sinn der Komponente soll die „Flexibilität bei einer Ausgestaltung einer an der dauerhaften Stärkung von Wachstum und nachhaltiger Entwicklung orientierten Politik“²¹ sein. Diese erste Ausnahmeregelung für den Bund lässt sich in Art. 115 Abs. 2 S. 2 GG finden und leitet sich aus Art. 109 Abs. 3 S. 4 GG ab, wo die Bestimmung bereits genau erläutert und auch verpflichtend ist. Somit wiederholt Art.

¹⁶ Vgl. Koemm, 2011, S. 231.

¹⁷ Vgl. Klepzig, 2015, S. 160-162.

¹⁸ Vgl. Gerling, 2015 [13.07.2015].

¹⁹ Vgl. Bundestag-Drucksache, S. 6 [06.08.2015].

²⁰ Gesetz v. 10.08.2009, BGBl. I S. 2704 – 2705.

²¹ Koemm, 2011, S. 205.

115 Abs. 2 GG fast wörtlich den Grundsatz des Art. 109 Abs. 3 GG. Diese Wiederholung wäre aufgrund der bereits sich ergebenden Verpflichtung bzgl. dieser Bestimmung keinesfalls notwendig gewesen. Der Gesetzgeber sah es jedoch trotzdem als notwendig an, die Bestimmung nochmals explizit in Art. 115 Abs. 2 GG aufzuführen. Jedenfalls wird durch die Regelung festgelegt, wann ein materiell ausgeglichener Haushalt auf Bundesebene vorliegt. Danach ist dieser für den Bund erfüllt, wenn die Einnahmen aus Krediten 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres (§ 4 G115) nicht überschreiten. Dem Bund steht somit jährlich ein Spielraum in Höhe von 0,35% des BIP zur Verfügung, was bereits die erste Ausnahmeregelung vom Grundsatz des materiell ausgeglichenen Haushalts darstellt.²²

Zudem ist bezüglich dieser ersten Ausnahmebestimmung zu beachten, dass für deren Inanspruchnahme keine Tatbestandsvoraussetzungen vorliegen. Außerdem ist bei der Wahrnehmung der strukturellen Verschuldungskomponente keine Tilgungsregelung für die aufgenommenen Kredite vorgeschrieben.

2.2.2 Konjunkturkomponente

Die sogenannte Konjunkturkomponente findet sich in Art. 115 Abs. 2 S. 3 GG wieder. Sie hat das Ziel, eine prozyklische Politik, welche sich durch die Unterstützung der Konjunkturausschläge wie Ausgabesenkungen und Steuererhöhungen in Abschwüngen auszeichnet, zu vermeiden.²³ Bei einer antizyklischen Politik hingegen, welche die Komponente gewährleisten soll, verhält sich der Staat entgegengesetzt, sodass durch Steuersenkungen und höheren Ausgaben in Abschwüngen die Konjunktur „ausgeglichen“ wird.²⁴ In Aufschwüngen hingegen steigen die Steuern und sinken die Ausgaben. Nach der Bestimmung sind „bei einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung die Auswirkungen

²² Vgl. Koemm, 2011, S. 208.

²³ Vgl. Bundestag-Drucksache 16/12410, S. 12 [06.08.2015].

²⁴ Vgl. GeVestor, Prozyklische Fiskalpolitik [01.08.2015].

auf den Haushalt symmetrisch zu berücksichtigen“. Als Hilfe zur Ermittlung der Konjunkturkomponente wurde eine Verordnung mit deren Berechnungsmethoden erlassen (Art115-V).

Zuerst einmal ist festzustellen, wann eine Normallage vorliegt. Nach § 5 G115 liegt eine Abweichung von der konjunkturellen Lage und somit keine Normallage vor, „wenn eine Unter- oder Überlastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten erwartet wird“. Diese wird Produktionslücke genannt und ist die Abweichung vom Produktionspotenzial zum nominalen BIP. Das Produktionspotenzial entspricht lt. § 2 Abs. 2 Art115-V dem BIP, das bei Normalauslastung der Produktionsfaktoren, worunter z. B. Arbeit und Kapital zu verstehen sind,²⁵ erreicht werden kann. Um die Konjunkturkomponente zu ermitteln, wird außerdem die Budgetsensitivität benötigt. Diese gibt an, wie sich die Einnahmen des Bundes bei einer Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität entwickeln. Multipliziert man die Produktionslücke mit der Budgetsensitivität, so erhält man die Konjunkturkomponente (§ 5 G115). § 4 Art115-V bestimmt, dass neben Angaben des Statistischen Bundesamtes auch die jeweils aktuelle gesamtwirtschaftliche Vorausschätzung der Bundesregierung Grundlage zur Bestimmung der notwendigen Elemente zur Berechnung sind. Folglich ist es möglich, dass die im Haushaltsplan veranschlagte Konjunkturkomponente und somit die geplante Kreditobergrenze von der tatsächlichen Grenze aufgrund ungenauer Schätzungen abweicht.

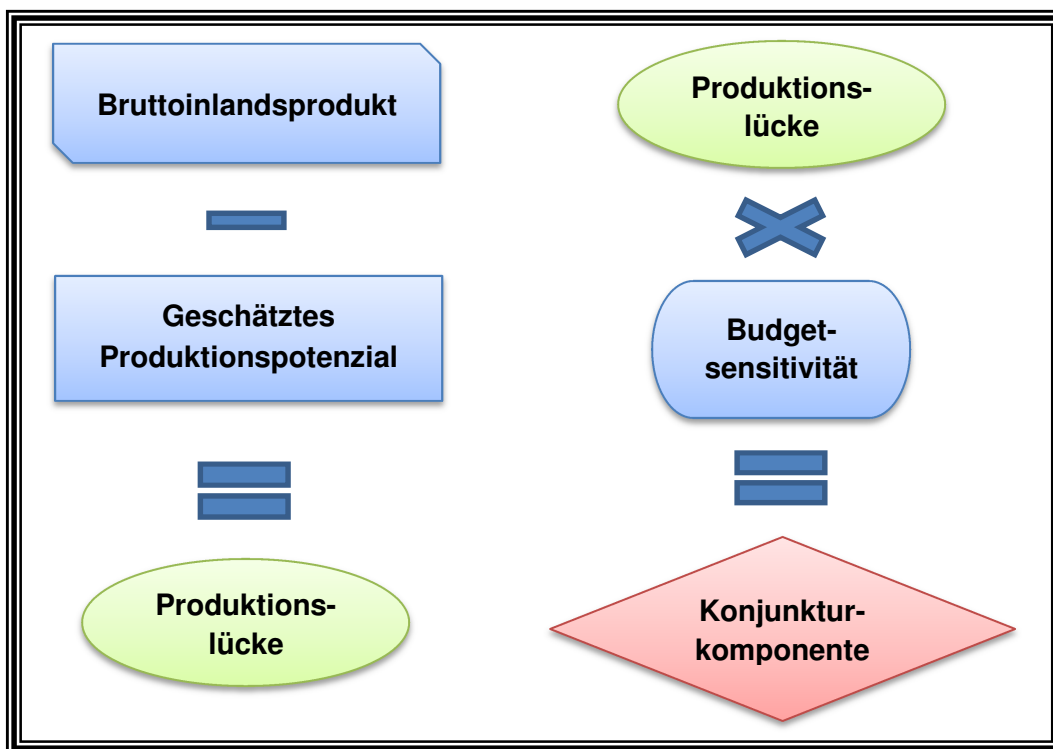
Die konjunkturellen Auswirkungen sind symmetrisch zu berücksichtigen. In Phasen des Abschwungs ist der Bund somit befugt, durch die Konjunkturkomponente höhere Kredite aufzunehmen. Diese sind allerdings in konjunkturellen Aufschwüngen wieder abzubauen, indem entsprechende Überschüsse erzielt werden.²⁶ Hierbei besteht ein Zusammenhang mit den sogenannten automatischen Stabilisatoren,

²⁵ Vgl. Hieber, 2012, S. 103.

²⁶ Vgl. Neidhardt, 2010, S. 363.

welche dafür sorgen, dass die Einnahmen des Bundes, insbesondere die Steuereinnahmen, in konjunkturellen schlechten Zeiten zurückgehen, die Staatsausgaben jedoch steigen.²⁷ In der Phase des Aufschwungs tritt folglich der gegensätzliche Effekt ein. Daraus lässt sich schließen, dass es für den Staat in Abschwüngen fast unmöglich ist, Überschüsse zu erzielen. Eine Kreditaufnahme ist dann meistens notwendig. Durch die erhöhten Steuereinnahmen hat der Staat beim Aufschwung hingegen die Möglichkeit, Überschüsse zu erzielen und Kredite abzubauen.

Abbildung 2: Berechnung der Konjunkturkomponente



Quelle: Eigene Darstellung

2.2.3 Naturkatastrophen und außergewöhnliche Notsituationen

Für den Fall von „Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen“ wurde nach Art. 115 Abs. 2 S. 6 GG i. V. m. § 6 G115 eine weitere Ausnahmeregelung erfasst. Aus deren Formulierung lässt sich schließen, dass es der Zweck dieser

²⁷ Vgl. Koemm, 2011, S. 220.

Bestimmung ist, den Staat und dessen Finanzen in derartigen Situationen vor noch größeren Schäden zu bewahren. Als Naturkatastrophe bezeichnet man „unmittelbar drohende Gefahrzustände oder Schädigungen von erheblichem Ausmaß, die durch Naturereignisse ausgelöst werden“.²⁸ Folglich handelt es sich, wenn ein Mensch für die entstandene Gefahr verantwortlich ist, nicht um eine Naturkatastrophe.²⁹ Die außergewöhnliche Notsituation wird als „Schadensereignis von großem Ausmaß und von Bedeutung für die Öffentlichkeit“³⁰ definiert. Diese Situation kann als Folge menschlichen Handelns entstanden sein. Jedoch können positive Ereignisse wie die deutsche Wiedervereinigung 1990 auch unter den Begriff der außergewöhnlichen Notsituation fallen. Es handelt sich hierbei um eine „Beeinträchtigung der Wirtschaftsabläufe in extremem Ausmaß aufgrund eines exogenen Schocks.“³¹

Neben dem Vorliegen einer der genannten Situationen muss sich diese lt. § 6 G115 der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen. Der Kontrollentzug setzt äußere Einflüsse voraus, die für den Staat nicht kontrollierbar sind. Ob es sich um eine erhebliche Beeinträchtigung der Finanzlage handelt, ist im Einzelfall je nach Ausmaß der finanziellen Belastung zu bestimmen.³²

Zudem hat der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder gem. Art. 115 Abs. 2 S. 7 GG zu beschließen, dass eine derartige Ausnahmesituation vorliegt. Außerdem ist ein Tilgungsplan aufzustellen, der die Rückführung des Kredits innerhalb eines angemessenen Zeitraums vorgibt.

2.2.4 Kontrollkonto

Eine weitere Regelung besteht in Art. 115 Abs. 2 S. 4 GG in der Einführung eines Kontrollkontos. Dessen Zweck ist es, dass die Vorgaben

²⁸ Bundestag-Drucksache 16/12410, S. 11 [06.08.2015].

²⁹ Vgl. Koemm, 2011, S. 234.

³⁰ Bundestag-Drucksache 16/12410, S. 11 [06.08.2015].

³¹ Bundestag-Drucksache 16/12410, S. 11 [06.08.2015].

³² Vgl. Koemm, 2011, S. 239.

der Schuldenbremse neben dem Haushaltsplan auch im Haushaltsvollzug eingehalten werden.³³ Lt. Art. 115 Abs. 2 S. 4 GG werden Abweichungen der zulässigen Kreditobergrenze auf dem Kontrollkonto erfasst. Dies betrifft Über- und Unterschreitungen der Grenze.³⁴ Diese können z. B. auf falschen Schätzungen bei der Berechnung der Konjunkturkomponente beruhen. Die Buchung der Abweichung auf dem Kontrollkonto erfolgt vorläufig zum 01. März und endgültig zum 01. September des Folgejahres.³⁵ Zudem sind bei einer Überschreitung des Schwellenwertes von 1,5 % des BIP die Belastungen konjunkturgerecht zurückzuführen. Aus dem Begriff konjunkturgerecht lässt sich schließen, dass eine Rückführung nur in Jahren mit positiver Produktionslücke zu veranlassen ist.³⁶ § 7 Abs. 3 G115 bestimmt außerdem, dass sich bei einer Belastung von mehr als 1 % des BIP die jährliche Kreditermächtigung um den überschießenden Betrag verringert. Das ist ebenfalls nur in Jahren mit positiver Produktionslücke der Fall.

2.2.5 Bereinigung um finanzielle Transaktionen

Außerdem spricht Art. 115 Abs. 2 GG die finanziellen Transaktionen an. Diese werden in § 3 G115 konkretisiert. Danach sind der Erwerb von Beteiligungen, Tilgungen im öffentlichen Bereich und Darlehensvergaben von den maßgeblichen Ausgaben nach § 2 Abs. 1 G115 herauszurechnen. Auf der Einnahmenseite gilt das für die Veräußerungen von Beteiligungen, Kreditaufnahmen und Darlehensrückflüsse.

2.2.6 Keine Ausnahme mehr für Sondervermögen

Zuletzt ist zu beachten, dass die Ausnahmeregelung für Sondervermögen nach Art. 115 Abs. 2 GG a. F. gestrichen wurde. Als Sondervermögen bezeichnet man rechtlich unselbstständige Teile des Bundesvermögens, welche zur Erfüllung bestimmter Aufgaben genutzt und vom Bund

³³ Vgl. Buscher, 2010, S. 370.

³⁴ Vgl. Ryczewski, 2011, S. 186.

³⁵ Vgl. Bundesfinanzministerium, 2015, S. 17 [02.06.2015].

³⁶ Vgl. Ryczewski, 2011, S. 187.

verwaltet werden.³⁷ Bisher konnte durch Einrichtung von Sondervermögen die Kredithöchstgrenze gesteigert werden, da Kredite hierfür nicht zu den Verschuldungsgrenzen zählten.³⁸ Mit dem neuen Art. 115 GG entfällt diese Möglichkeit. Bis zum 31.12.2010 bestehende Kreditermächtigungen bleiben lt. Art. 143d Abs. 1 S. 2 hiervon jedoch unberührt.

2.3. Der Stabilitätsrat nach Art. 109a GG

Zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen entstand gem. Art. 109a GG das Gesetz zur Errichtung eines Stabilitätsrates und zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen. Lt. § 1 Abs. 1 StabiRatG setzt sich der Stabilitätsrat aus dem Bundesminister für Finanzen, den Finanzministern der Länder sowie dem Bundesminister für Wirtschaft und Technologie zusammen. Den Vorsitz führt der Bundesfinanzminister mit dem Vorsitzenden der Finanzministerkonferenz der Länder. Der Rat kommt mindestens zweimal jährlich zusammen. Bei der Beschlussfassung sind eine 2/3-Mehrheit der Länder und die Stimme des Bundes notwendig. Ist ein Land oder der Bund bei einem Verfahren betroffen, entfällt die Stimmberechtigung für diese Körperschaft.

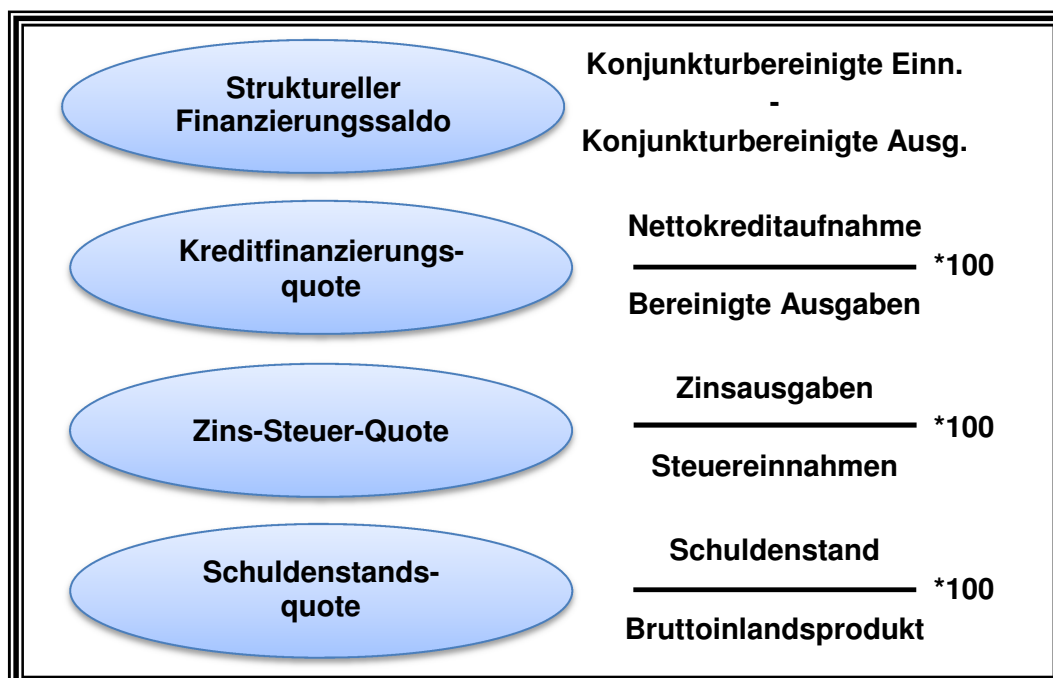
Die regelmäßige Haushaltsüberwachung ist nach § 3 Abs. 1 StabiRatG die Hauptaufgabe des Stabilitätsrates. Nach Abs. 2 sind jährliche Berichte von Bund und Ländern Grundlage für die Bewertung der Finanzlage durch den Rat. Anhand von vier Kennzahlen findet die Überprüfung der derzeitigen Haushaltssituation der Körperschaften statt. Die erste Kennzahl ist der strukturelle Finanzierungssaldo, welcher die Einnahmen abzüglich der Ausgaben ohne Berücksichtigung der konjunkturellen Entwicklung beschreibt. Zudem gibt es die Kreditfinanzierungsquote, die das Verhältnis der Nettokreditaufnahme zu den bereinigten Ausgaben aufzeigt. Die bereinigten Ausgaben enthalten laufende Ausgaben wie den laufenden Sachaufwand, Zinsausgaben und Personalausgaben sowie Ausgaben der Kapitalrechnung, worunter vermögenswirksame Ausgaben,

³⁷ Vgl. Staender, 2004, S. 376.

³⁸ Vgl. Ryczewski, 2011, S. 185.

insbesondere Investitionen, zu verstehen sind.³⁹ Die Zins-Steuer-Quote als dritte Kennzahl beschreibt das Verhältnis der Zinsausgaben zu den Steuereinnahmen. Als vierte Kennzahl gilt für die Länder der Schuldenstand, dagegen ist für den Bund die Schuldenstandsquote maßgeblich.⁴⁰ Überschreitet der Bund oder ein Land festgelegte Schwellenwerte der Kennzahlen, so leitet der Stabilitätsrat nach § 4 Abs. 2 StabiRatG eine Prüfung ein. Wird in diesem Fall eine drohende Haushaltsnotlage festgestellt, wird mit dem Bund oder dem Land nach § 5 Abs. 1 StabiRatG ein fünfjähriges Sanierungsprogramm beschlossen, wofür die Körperschaft ebenfalls Vorschläge einbringen darf. In diesem Zeitraum sind dem Stabilitätsrat Berichte über den aktuellen Verlauf des Programmes zu überreichen. Nach § 5 Abs. 4 S. 2 StabiRatG ist bei weiterem Bestehen der Haushaltsnotlage nach Abschluss des Programms ein weiteres Sanierungsprogramm zu beschließen. Sanktionen für die Nichteinhaltung durch den Stabilitätsrat sind keine vorgesehen.⁴¹

Abbildung 3: Die Kennzahlen des Stabilitätsrats



Quelle: Eigene Darstellung

³⁹ Vgl. Haushaltssteuerung, Lexikon zur Finanzwirtschaft [13.07.2015].

⁴⁰ Vgl. Kompletter Absatz über die Kennziffern: Stabilitätsrat, Kennziffern [13.07.2015].

⁴¹ Vgl. Neidhardt, 2010, S. 372.

2.4. Zusätzliche Bestimmungen in Art. 143d GG

Einer der neu geschaffenen Artikel im Zuge der Föderalismusreform II ist Art. 143d GG. Er enthält Übergangsregelungen bis zur Durchsetzung der Maßnahmen sowie Bestimmungen zu Konsolidierungshilfen.

2.4.1 Die Übergangsregelung des Art. 143d Abs. 1 GG

Art. 143d Abs. 1 S. 2 GG sieht vor, dass die neuen Regelungen zur Schuldenbremse ab dem Jahr 2011 einzuhalten sind. Die Sätze 3 und 4 bestimmen jedoch, dass den Ländern eine Übergangszeit zur Beseitigung des strukturellen Defizits, welches sich aus den strukturellen Ausgaben abzgl. der strukturellen Einnahmen ergibt, bleibt.⁴² Danach bleibt den Ländern bis zum Jahr 2020 Zeit, dieses zu beseitigen, falls derzeit schuldenrechtliche Bestimmungen in der jeweiligen Landesverfassung bestehen. Falls es in der Landesverfassung keine Bestimmung gibt, ist keine Kreditaufnahme für das jeweilige Land in diesem Zeitraum möglich.⁴³ Der Bund hingegen hat ab dem Haushaltsjahr 2016 die neuen Regelungen endgültig einzuhalten. Das strukturelle Defizit auf Bundesebene soll ab dem Jahr 2011 jährlich abgebaut werden, sodass 2016 die 0,35% des BIP erreicht sind. Vom Basisjahr 2010 mit 2,21% ausgehend wird ein jährlicher Abbaupfad von 0,31 % festgelegt.⁴⁴ Die Regelung der Übergangszeit wurde vor allem aufgrund der Belastungen der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie den Belastungen aufgrund der nötigen Konsolidierungsmaßnahmen der Bundesländer geschaffen.⁴⁵

2.4.2 Konsolidierungsmaßnahmen für Bundesländer

2010 stellte der Stabilitätsrat fest, dass bei den Bundesländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein Anzeichen für eine drohende Haushaltsnotlage bestehen.⁴⁶ Aufgrund dessen erhalten diese Länder sowie das Land Sachsen-Anhalt nach Art. 143d Abs. 2 GG

⁴² Vgl. Beck/Prinz, 2011, S. 10.

⁴³ Vgl. Brügelmann/Schaefer, 2012, S. 7.

⁴⁴ Vgl. Bundesfinanzministerium, 2015, S. 8 [02.06.2015].

⁴⁵ Vgl. Neidhardt, 2010, S. 365.

⁴⁶ Vgl. Brügelmann/Kroker/Schaefer, 2011, S. 17 [02.06.2015].

Konsolidierungshilfen von insgesamt 800 Mio. Euro jährlich, welche die Länder beim Abbau der Finanzierungsdefizite bis zum Jahr 2020 unterstützen. Die Belastungen werden nach Art. 143d Abs. 3 GG je zur Hälfte vom Bund und von den Ländern getragen. Die nähere Ausgestaltung dieser Regelungen erfolgt durch das Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen. § 2 KonsHilfG bestimmt eine jährliche Obergrenze des Finanzierungsdefizits, welche die Länder einzuhalten haben. Der Stabilitätsrat prüft jährlich, ob diese Grenzen eingehalten werden. Ist das nicht der Fall, entfällt der Anspruch des jeweiligen Landes auf die Konsolidierungshilfe für dieses Jahr.

2.5 Entwicklung in der Haushaltsplanung des Bundes 2015

Im Folgenden wird darauf eingegangen, wie sich die Kreditobergrenze anhand der neuen Schuldenbremse für den Bund im Jahr 2015 laut der Planung, d .h. ausschließlich der Soll Werte, entwickeln würde.

Um die Kreditobergrenze für 2015 zu bestimmen, ist zuerst das nominale BIP des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres zu ermitteln.⁴⁷ Der Haushalt 2015 wurde im Jahr 2014 aufgestellt, sodass in diesem Fall das BIP des Jahres 2013 maßgeblich ist. Dieses beläuft sich auf 2.809,48 Mrd. Euro (2.). Die strukturelle Verschuldungskomponente beträgt, nachdem vom Basisjahr 2010 (2,21%) ausgegangen wird, nach fünf gleichmäßigen Abbauschritten von 0,31% jährlich im Jahr 2015 0,66% (1.).⁴⁸ Bis zum Jahr 2016 wird diese auf 0,35% abgebaut sein. Für das Jahr 2015 ergibt sich nach Multiplikation der maximal zulässigen strukturellen NKA in % mit dem BIP des Jahres 2013 somit eine zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme von 18,54 Mrd. Euro (3.).

Zur Ermittlung der maximal zulässigen NKA subtrahiert man als nächsten Schritt von der strukturellen NKA den Saldo finanzieller Transaktionen in Höhe von 1,38 Mrd. Euro (5.), welcher sich aus den Einnahmen abzgl.

⁴⁷ S. Kapitel 2.2.1.

⁴⁸ S. Kapitel 2.4.1.

Ausgaben aus finanziellen Transaktionen ergibt. Außerdem ist die Konjunkturkomponente, welche -5,0 Mrd. Euro beträgt (6.), hiervon abzuziehen. Es wird ersichtlich, dass aufgrund einer Rezession, d. h. eines Wirtschaftsabschwungs, die Kreditemächtigung steigt. Dies ist an der negativen Konjunkturkomponente festzustellen und bedeutet, dass das Produktionspotenzial nicht voll ausgeschöpft wurde und eine negative Produktionslücke entsteht. Die Konjunkturkomponente ergibt sich aus der Multiplikation der genannten Produktionslücke und der Budgetsensitivität. Zudem existiert keine Abbauverpflichtung aufgrund des Kontrollkontos aus Vorjahren, da es keine negative Belastung aufweist (7.).

Nach dem beschriebenen Berechnungsverfahren ergibt sich somit eine zulässige Nettokreditaufnahme für das Jahr 2015 in Höhe von 22,16 Mrd. Euro (8.). Aufgrund dessen, dass keine Nettokreditaufnahme geplant ist (4.), würden dem Kontrollkonto diese 22,16 Mrd. Euro gutgeschrieben werden.⁴⁹ Diese Gutschrift taucht im Haushaltsplan jedoch nicht auf, da das Kontrollkonto die Funktion hat, insbesondere den Haushaltsvollzug zu überwachen. Welche Belastung oder Entlastung auf dem Kontrollkonto erfolgt, wird erst im Folgejahr festgestellt.⁵⁰ Jedoch ist zu beachten, dass aufgrund des Endes des Übergangszeitraumes gem. Art. 143d GG der Saldo des Kontrollkontos ohnehin nach dem Jahr 2015 entfällt, damit dessen Funktion nicht verzerrt wird.⁵¹

Auch nach dem Haushaltsabschluss und der Anpassung der Beträge an die Ist-Werte des Jahres 2015 wird die maximal zulässige NKA den Betrag der Nettokreditaufnahme deutlich übertreffen. Von einer Abweichung zwischen Planung und Abschluss in Höhe von mehr als 20 Mrd. Euro kann nicht ausgegangen werden. Zudem wird auch der Nachtragshaushalt des Jahres 2015 ohne jegliche Nettokreditaufnahme ausgeglichen.⁵²

⁴⁹ Aufgrund von Rundungsdifferenzen unterscheiden sich die Beträge geringfügig von den im Bundeshaushaltsplan 2015 veranschlagten Beträgen.

⁵⁰ S. Kapitel 2.2.4.

⁵¹ Vgl. Bundesfinanzministerium, 2015, S. 9 [02.06.2015].

⁵² S. Bundesfinanzministerium, Nachtrag zum Haushaltsplan 2015, S. 14 [18.07.2015].

Abbildung 4: Die Schuldenbremse im Bundeshaushaltsplan 2015

Nr.	Posten	Betrag in Mrd. € bzw. %	Bemerkungen
1.	Maximal zulässige strukturelle NKA in % des BIP	0,66%	Ausgehend vom Basisjahr 2010 (2,21%) (Abbauschritt 0,31%)
2.	Nominales BIP des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres (2013)	2809,48*	
3.	Zulässige strukturelle NKA	18,54	<u>Berechnung:</u> 1. * 2.
4.	Nettokreditaufnahme Haushaltsplan 2015	0,-	
5.	Saldo finanzieller Transaktionen	1,38	<u>Berechnung:</u> Einnahmen - Ausgaben
	Einnahmen	1,85*	
	Ausgaben	0,47*	
6.	Konjunkturkomponente	-5,0	<u>Berechnung:</u> Produktionslücke* Budgetsensitivität
	Produktionslücke	-24,4*	
	Budgetsensitivität	0,205*	
7.	Abbauverpflichtung Kontrollkonto	0,-*	Belastung aus Vorjahren
8.	Zulässige Nettokreditaufnahme	22,16	<u>Berechnung:</u> 3. – 5. – 6. – 7.

Quelle: Eigene Darstellung; die mit * gekennzeichneten Zahlen ergeben sich aus dem Bundeshaushaltsplan 2015 (S. 21)

3 Bezug zu anderen schuldenrechtlichen Bestimmungen

In diesem Kapitel wird Bezug auf andere bestehende schuldenrechtliche Bestimmungen genommen und ob die die neue Schuldenbremse in Ihrer Form damit vereinbar ist. Zunächst erfolgt eine Untersuchung des EU-Rechts. Nachfolgend wird auf weitere deutsche verfassungsrechtliche Bestimmungen eingegangen.

3.1 Das Verhältnis der neuen Schuldenbremse zum EU-Recht

Art. 109 Abs. 2 GG sagt nach der Föderalismusreform II aus, dass Bund und Länder gemeinsam Verpflichtungen der Europäischen Union erfüllen. Demnach ergibt sich aufgrund der ausdrücklichen Bezugnahme auf das EU-Recht, dass die Regelungen der Schuldenbremse sich zumindest teilweise an den europarechtlichen Bestimmungen orientieren sollen.⁵³ Sucht man nach europarechtlichen Schuldenbegrenzungsregeln, so wird man in Art. 126 AEUV fündig. Es handelt sich um die sogenannten Maastricht-Kriterien.⁵⁴ Nach Art. 126 Abs. 1 AEUV haben die Mitgliedsstaaten übermäßige Defizite zu vermeiden. Genauere Bestimmungen sind in Abs. 2 des Artikels zu finden. Dieser bestimmt zwei Kriterien, welche festlegen, wann die Haushaltsdisziplin eines Mitgliedsstaats eingehalten ist. Zum einen handelt es sich um das Verhältnis des jährlichen öffentlichen Defizits zum BIP und auf der anderen Seite um das Verhältnis des öffentlichen Schuldenstands zum BIP (Schuldenstandsquote). Die Referenzwerte hierfür betragen 3% für das jährliche öffentliche Defizit und 60% für die Schuldenstandsquote.⁵⁵ Wird eines der Kriterien nicht eingehalten, so besteht lt. Art. 126 AEUV Abs. 2 ein schwerwiegender Fehler. Außerdem sind in diesem Absatz Ausnahmebestimmungen bzgl. der Schuldenstandsquote enthalten. Der

⁵³ Vgl. Koemm, 2011, S. 283.

⁵⁴ Vgl. Klepzig, 2015, S. 286.

⁵⁵ Europäische Union, Art. 1 des Protokolls Nr. 12 [02.08.2015].

erste Fall sagt aus, dass kein schwerwiegender Fehler vorliegt, wenn das Verhältnis des öffentlichen Schuldenstands zum BIP laufend zurückgegangen ist und sich in der Nähe des Referenzwertes von 60% aufhält. Die zweite Ausnahme enthält die vorübergehende Überschreitung des Referenzwertes, wenn sich die Schuldenstandsquote in dessen Nähe befindet. Dies kann z. B. beim Bestehen von starken konjunkturellen Abschwüngen oder beim Vorliegen von außergewöhnlichen Notsituationen der Fall sein.

3.1.1 Die Gestaltung der deutschen Schuldenbremse im Verhältnis zu den Referenzwerten der EU

Nun ist die deutsche Schuldenbremse mit der Vereinbarkeit der beiden Kriterien des EU-Rechts zu prüfen. Betrachtet man die 3% als höchstmögliches öffentliches Defizit, so erkennt man, dass die deutsche strukturelle Verschuldungskomponente, die 0,35% des BIP beträgt, die europarechtliche Grenze deutlich unterschreitet. Eine Überschreitung der jährlichen 3%-Hürde käme nur im Fall von extremen konjunkturellen Abschwüngen in Betracht. Dann würde jedoch das Merkmal des schwerwiegenden Wirtschaftsabschwungs nach den europarechtlichen Bestimmungen greifen. Eine Überschreitung der 3%-Hürde wäre ausnahmsweise und vorübergehend zulässig.⁵⁶ Daraus ist zu schließen, dass die Strukturkomponente sowie die Konjunkturkomponente mit dem EU-Recht in Einklang stehen. Die dritte Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen und außergewöhnliche Notsituationen steht in engem Zusammenhang mit Art. 2 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1467/97, sodass auch diese Regelung der Schuldenbremse mit dem EU-Recht kompatibel ist. Es ist festzustellen, dass die deutsche Schuldenbremse mit dem Kriterium der Beschränkung des jährlichen öffentlichen Defizits des EU-Rechts vereinbar ist.

⁵⁶ Vgl. Ryczewski, 2011, S. 193.

Zudem ist noch auf die Schuldenstandsquote in Höhe von 60% nach den Maastricht-Kriterien einzugehen. In diesem Fall ist ein gravierender Unterschied zwischen EU-Recht und deutschem Recht festzustellen. Wie im Verlauf dieser Arbeit bereits erläutert wurde, wurden durch die Föderalismusreform II lediglich Regelungen getroffen, die sich auf die Neuverschuldung, d. h. auf eine Kreditobergrenze für ein Jahr, beziehen. Art. 126 Abs. 2 AEUV hingegen betrifft die Schuldenstandsquote. Nun gilt es zu prüfen, ob die deutsche Schuldenbremse die Anforderungen dieses Kriteriums trotzdem erfüllt. Bei der Betrachtung der strukturellen Verschuldungskomponente wird ersichtlich, dass diese in Bezug zum EU-Recht problematisch werden könnte. Die jährliche strukturelle Kreditaufnahme in Höhe von 0,35% kann dafür sorgen, dass die Schuldenstandsquote jährlich ansteigt, wenn kein nominales Wirtschaftswachstum vorhanden ist und somit ein anhaltend schlechter Konjunkturverlauf besteht.⁵⁷ Im Falle der Konjunkturkomponente ist davon auszugehen, dass diese nicht zu einer übermäßigen Steigerung der Schuldenstandsquote führt und somit mit dem EU-Recht harmonisiert, da durch die Pflicht zur symmetrischen Berücksichtigung der konjunkturellen Entwicklung eine Tilgungsverpflichtung besteht. Auch die Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen und außergewöhnliche Notsituationen hat keinen dauerhaften negativen Einfluss auf das genannte Kriterium. Denn die aufgenommenen Kredite werden aufgrund der Pflicht zur Verbindung mit einer angemessenen Tilgungsregelung nach geraumer Zeit wieder abgebaut sein.⁵⁸

Somit ist festzustellen, dass die deutsche Schuldenbremse mit dem Kriterium des jährlichen öffentlichen Defizits vereinbar ist, im Verhältnis auf das Kriterium der Schuldenstandsquote aber einen kleinen Mangel aufweist. Wird auf die Einhaltung der Regelungen der Schuldenbremse jedoch geachtet, so können die EU-rechtlichen Vorgaben bei

⁵⁷ Vgl. Ryszewski, 2011, S. 193.

⁵⁸ Vgl. Klepzig, 2015, S. 292.

entsprechender konjunktureller Entwicklung trotzdem eingehalten werden.⁵⁹

3.1.2 Weitere Diskrepanz zum EU-Recht

Betrachtet man das EU-Recht und die deutsche Schuldenbremse noch einmal genauer, so fällt auf, dass zwischen den beiden Rechtsgrundlagen ein weiteres Missverständnis besteht. Die Bestimmungen des EU-Rechts betreffen den Gesamtstaat, welcher Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen beinhaltet.⁶⁰ Die Bestimmungen der deutschen Schuldenbremse beziehen sich jedoch ausschließlich auf den Bund und die Länder. Es handelt sich hier um einen weiteren Mangel der deutschen Schuldenbremse im Verhältnis zu den Maastricht-Kriterien. Aufgrund der Nichteinbeziehung von Kommunen und Sozialversicherungen kommt es gleichfalls zu einer Nichtberücksichtigung von Schulden. Daraus folgt, dass trotz Einhaltung der Bestimmungen der Schuldenbremse eine gleichzeitige Einhaltung der europarechtlichen Vorgaben nicht sicher gewährleistet ist.⁶¹

3.2 Das Verhältnis der neuen Schuldenbremse zu anderen verfassungsrechtlichen Bestimmungen

Außerdem ist im Folgenden noch zu prüfen, ob andere verfassungsrechtliche Bestimmungen, welche nicht explizit auf die Begrenzung der Staatsverschuldung gerichtet sind, der neuen Schuldenbegrenzungsregelung entgegenstehen.

3.2.1 Kompatibilität mit dem Bundesstaatsprinzip

Es stellt sich die Frage, ob die neue Schuldenbremse mit dem Bundesstaatsprinzip vereinbar ist. Der Bundesstaat gem. Art. 20 GG ist fester Bestandteil der Ewigkeitsgarantie nach Art. 79 Abs. 3 GG.⁶² Das

⁵⁹ Vgl. Klepzig, 2015, S. 293.

⁶⁰ Europäische Union, Art. 2 des Protokolls Nr. 12 [02.08.2015].

⁶¹ Vgl. Klepzig, 2015, S. 293.

⁶² Vgl. Buscher, 2010, S. 69.

Prinzip sagt aus, dass den Ländern die grundsätzliche Mitwirkung an der Gesetzgebung zu gewähren ist. Weiterhin ist bestimmt, dass das Bundesstaatsprinzip nicht beseitigt werden darf. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts muss den Ländern ein „Kern eigener Aufgaben als Hausgut unentziehbar“⁶³ verbleiben. Darunter ist ein Maß an finanzieller Eigenständigkeit für die Bundesländer zu verstehen. Hierunter fällt die Haushaltsautonomie der Länder.⁶⁴ Möglicherweise könnte die Kreditaufnahme, welche durch das Nichtbestehen einer strukturellen Verschuldung auf Landesebene eingeschränkt wird, Bestandteil der Autonomie sein. Zwar kann man die Kreditaufnahmen durchaus darunter verstehen, jedoch gibt es sachliche Gründe, die für deren Beschränkung sprechen. Ein gewichtiger Grund liegt in der derzeitigen Entwicklung der Staatsschulden. Bund und Länder haben einen extremen Schuldenberg angehäuft. Eine Senkung dessen ist dringend notwendig, da durch die hohe Staatsverschuldung haushaltspolitische Handlungsspielräume eingeschränkt werden und die Länder Mühe haben werden, ihre nötigen Aufgaben zu erfüllen.⁶⁵

Außerdem sieht das Bundesstaatsprinzip mit Blick auf die finanzielle Eigenständigkeit vor, dass die Länder trotz der Einschränkung über eine angemessene Finanzausstattung verfügen, die zur Aufgabenerfüllung nötig ist.⁶⁶ Dies betrifft die Einnahme- sowie die Ausgabeseite. Durch das strukturelle Verschuldungsverbot wird die Seite der Einnahmen eingeschränkt. Jedoch sorgt die Verteilung von Gemeinschaftssteuern auf Bund und Länder dafür, dass diese die finanziellen Verpflichtungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben wahrnehmen können. Zudem stehen den Ländern weitere Möglichkeiten zur Einnahmegenerierung zur Verfügung. Beispielweise kann die Einziehung von Beiträgen und Gebühren den Handlungsspielraum erweitern.⁶⁷ Betrachtet man nun noch die

⁶³ Ryszewski, 2011, S. 145.

⁶⁴ Vgl. Ryszewski, 2011, S. 145.

⁶⁵ Vgl. Neidhardt, 2010, S. 344.

⁶⁶ Vgl. Klepzig, 2015, S. 136.

⁶⁷ Vgl. Ryszewski, 2011, S. 163.

Ausgabeseite, findet man ebenfalls Aspekte, die für den Bestand einer angemessenen Finanzausstattung sprechen. Die Länder sind beim Großteil der Aufgaben befugt, selbst darüber zu entscheiden, ob sie Mittel investieren oder Sparmaßnahmen betreiben. In diesem Fall können sie entscheiden, in welchem Handlungsspielraum sie sich bewegen.⁶⁸

Durch die Einschränkung der Kreditaufnahme besteht somit kein Widerspruch zum Bundesstaatsprinzip, da die Länder über ein ausreichendes Maß an finanzieller Eigenständigkeit sowie eine angemessene Finanzausstattung verfügen.

3.2.2 Kompatibilität mit dem Demokratieprinzip

Neben dem Bundesstaatsprinzip käme ein Verstoß gegen das Demokratieprinzip nach Art. 20 Abs. 1 GG, welches ebenfalls Bestandteil der Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG ist, in Betracht.⁶⁹ Danach hat die Machtausübung vom Volk auszugehen. Diese entsteht dadurch, dass die Bürger die Mitglieder der Länderparlamente wählen, welche an der Gesetzgebung beteiligt sind. Die Parlamente verlieren durch die neuen Regelungen zwar das Recht zur strukturellen Kreditaufnahme, stellen aber weiterhin einen eigenen Haushalt auf und können Ausnahmeregelungen schaffen. Somit wird durch die neue Schuldenbremse lediglich der Handlungsspielraum der Länder eingeschränkt.⁷⁰ Zudem ist ein weiterer Aspekt zu beachten. Mit dem Verbot der strukturellen Kreditaufnahme wird der Handlungsspielraum der heutigen Generation eingeschränkt, da weniger Mittel zur Verfügung stehen. Betrachtet man jedoch die zukünftigen Generationen, so stellt man fest, dass deren Spielräume aufgrund der Senkung der Staatsverschuldung erweitert werden.⁷¹ Somit wird das Demokratieprinzip, wie auch das Bundesstaatsprinzip, nicht verletzt. Folgerichtig ist die Schuldenbremse mit der Verfassung vereinbar.

⁶⁸ Vgl. Ryszewski, 2011, S. 164.

⁶⁹ Vgl. Klepzig, 2015, S. 141.

⁷⁰ Vgl. Ryszewski, 2011, S. 166.

⁷¹ Vgl. Ryszewski, 2011, S. 168.

4 Bewertung der neuen Schuldenbremse im Grundgesetz

Im nun folgenden Abschnitt dieser Arbeit erfolgt eine umfassende Bewertung der einzelnen Bestimmungen der neuen Schuldenbremse auf Bundesebene sowie auf Landesebene. Zudem wird auf weitere näher zu betrachtende Aspekte eingegangen. Diesbezüglich werden insbesondere Umgehungsmöglichkeiten für Bund und Länder herausgearbeitet. In diesem Zusammenhang wird festgestellt, welche Bestimmungen reformiert werden sollten.

4.1 Bewertung der Schuldenbremse auf Bundesebene

Zu Beginn wird eine Übersicht der einzelnen Regelungen des Art. 109 Abs. 3 GG auf Bundesebene geschaffen, welche in Art. 115 Abs. 2 GG spezifiziert werden. Es wird auf die einzelnen Ausnahmeregelungen eingegangen und es erfolgt eine kritische Betrachtung der jeweiligen Bestimmungen des Artikels. Zudem wird zum Teil auch kurz auf die aktuelle Entwicklung eingegangen.

4.1.1 Bewertung der Strukturkomponente

Ein wichtiger zu bewertender Aspekt findet sich in dem strukturellen Verschuldungsspielraum in Höhe von 0,35% für den Bund wieder. Der Bund hat dadurch die Möglichkeit zu flexiblerem Handeln, vor allem in Bezug auf nachhaltige Politik und zukunftsfördernde Investitionen.⁷² Allerdings erfolgte im Rahmen der Föderalismusreform II keine Prüfung oder dergleichen, was zum Erstellen von zukunftsgerechten Investitionen nötig ist. Die 0,35% und auch das BIP als Maßstab für die strukturelle Verschuldungskomponente sind willkürlich festgelegt.⁷³

⁷² Vgl. Koemm, 2011, S. 205.

⁷³ Vgl. Magin, 2010, S. 265 [18.07.2015].

Ein Aspekt dieser Bestimmung, der noch relevanter ist, liegt in der nicht vorhandenen Tatbestandsvoraussetzung der strukturellen Verschuldungskomponente. Art. 115 Abs. 2 GG schreibt keine Voraussetzung für die Inanspruchnahme der strukturellen Verschuldungskomponente vor. Das Ziel der nachhaltig orientierten Politik gerät somit in Gefahr. Nimmt der Bund die 0,35 % des BIP in Anspruch, so kann er diese verwenden wofür er möchte, unabhängig davon ob diese Verwendung tatsächlich Sinn macht oder nicht. Benutzt er diesen Kredit beispielsweise für konsumtive Zwecke, so wird dadurch kein Nutzen für zukünftige Generationen geschaffen und es handelt sich um keine Politik, die sich am Wirtschaftswachstum sowie an der Nachhaltigkeit orientiert. Dies ist wohl als größter Mangel an dieser Bestimmung zu sehen.

In diesem Zusammenhang ist jedoch auch noch bedenklich, dass diese 0,35% des BIP im Falle des Nichtnutzens dem Kontrollkonto gutgeschrieben werden. Dadurch wird den Politikern ein Spielraum über mehrere Jahre eröffnet und die strukturelle Verschuldungskomponente ist kein Ausnahmetatbestand mehr, sondern wird vielmehr zum Automatismus. So kann sich die Strukturkomponente über Jahre anhäufen und auf dem Kontrollkonto gesammelt werden.⁷⁴

Weiterhin ist eine fehlende Tilgungsregelung bzgl. der strukturellen Verschuldungskomponente sehr negativ zu sehen. Werden Kredite nicht abgebaut, so häufen sich die Schulden über Jahre an. Auch in Bezug zu dieser Argumentation ist noch entscheidend darauf einzugehen, ob die strukturelle Verschuldungskomponente bei der Reduzierung der Schuldenstandsquote behilflich ist oder diesbezüglich ein Problem darstellt. Zur Senkung der Schuldenstandsquote beitragen kann ein struktureller Verschuldungsspielraum beim vollen Ausschöpfen des

⁷⁴ Vgl. Kompletter Absatz: Ryczewski, 2011, S. 191.

Spielraums nur, wenn sich die Konjunktur entsprechend entwickelt, sodass die jährliche Wachstumsrate die Grenze der 0,35% übersteigt.⁷⁵

Nach all diesen Argumenten stellt man fest, dass die Strukturkomponente in ihrer jetzigen Form ein erhebliches Problem darstellt. Vor allem die fehlende Tatbestandsvoraussetzung sowie die nicht vorhandene Tilgungsregelung sind erwähnenswert und der Gesetzgeber sollte dringende Anpassungen vornehmen, da eine Senkung der Schuldenstandsquote aufgrund der Strukturkomponente bei voller Inanspruchnahme nicht zwingend gesichert ist. Selbst eine Steigerung der Schuldenstandsquote ist bei entsprechendem Konjunkturverlauf nicht auszuschließen.

Betrachtet man jedoch die bisherigen Entwicklungen seit der Einführung der Schuldenbremse, wird ersichtlich, dass der Spielraum bisher in keinem Haushaltsjahr seit 2011 voll ausgenutzt wurde.⁷⁶ Im Jahr 2014 gab es sogar einen Überschuss und für das Jahr 2015 ist überhaupt keine Nettokreditaufnahme im Haushaltsplan veranschlagt, was als sehr positiv anzusehen ist.⁷⁷ In der nachfolgenden Tabelle wird die strukturelle Nettokreditaufnahme des Bundes für die genannten Haushaltsjahre aufgezeigt. Die strukturelle Nettokreditaufnahme ist um Kreditaufnahmen aufgrund der Konjunkturkomponente und um die finanziellen Transaktionen bereinigt.

⁷⁵ Vgl. Ryczewski, 2011, S. 182.

⁷⁶ S. Bundesfinanzministerium, Haushaltsrechnungen 2012-2014, jeweils S. 8 [26.07.2015].

⁷⁷ S. Bundesfinanzministerium, Bundeshaushaltsplan 2015, S. 21 [15.07.2015].

Abbildung 5: Strukturelle Nettokreditaufnahme des Bundes seit 2011

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015 (Plan)
Maßgebliches BIP* (in Mrd. Euro)	2.397,1	2.476,8	2.592,6	2.737,6	2.809,5
Max. zulässige strukturelle NKA (in % des BIP)	1,9%	1,59%	1,28%	0,97%	0,66%
Max. zulässige strukturelle NKA (in Mrd. Euro)	45,6	39,4	33,2	26,6	18,6
Strukturelle NKA lt. Rechnung (in Mrd. Euro)	20,4	8,5	3,6	-7,5**	0
<u>Strukturelle NKA</u> <u>lt. Rechnung</u> <u>(in % des BIP)</u>	<u>0,85%</u>	<u>0,34%</u>	<u>0,14%</u>	<u>0,00%</u>	<u>0,00%</u>
* BIP des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres					
** Überschuss im Jahr 2014 und somit keine Nettokreditaufnahme					

Quelle: Eigene Darstellung; die Werte beziehen sich auf die Haushaltsrechnungen 2011-2014 und den Haushaltsplan 2015 des Bundes

Insbesondere in Anbetracht der Entwicklungen seit 2012, wo die Nettokreditaufnahme erstmals die 0,35% des BIP unterschritten hat, kann man sehr positive Schlüsse zum derzeitigen Handeln des Bundes ziehen. Trotzdem kann nicht zwingend davon ausgegangen werden, dass die Politiker diesen Spielraum auch zukünftig nicht ausnutzen werden, sodass es bei der obigen Argumentation der Reformbedürftigkeit bleibt.

4.1.2 Bewertung der Konjunkturkomponente

Nachdem die Strukturkomponente zum Großteil negativ bewertet wurde, erfolgt nun die Prüfung der Konjunkturkomponente. Ein erstes Problem

entsteht dadurch, dass die Konjunkturkomponente erst nach einer sehr komplizierten Berechnung (s. Kapitel 2.2.2) ersichtlich wird. Ein Ziel der Föderalismusreform II beschäftigte sich mit mehr Publizität, sodass auch die Öffentlichkeit, also die Bürger, über den Verlauf der Staatsverschuldung und die neuen Regelungen informiert werden und diese auch verstehen sollen.⁷⁸ Hiergegen widerspricht wiederum das komplizierte Berechnungsverfahren. Würde man einen gewöhnlichen Bürger, der sich mit der Finanzwirtschaft nicht explizit beschäftigt, fragen, um was es sich bei einer Produktionslücke oder einem Produktionspotenzial handelt, so ist es sehr wahrscheinlich, dass dieser diese Frage nicht beantworten kann. Der Großteil der Bürger ohne besonderen Sachverstand bzgl. der Finanzwirtschaft würde große Probleme haben, die Ermittlung der Konjunkturkomponente nachzuvollziehen.⁷⁹ Allerdings wird im Verlauf dieser Arbeit auf die Transparenz durch andere Bestimmungen eingegangen, sodass die fehlende Transparenz dieser Bestimmung nicht zu sehr negativ auffällt.

Ein weiterer Aspekt dieser Regelung liegt darin, dass die Konjunkturkomponente zur Zeit der Haushaltsaufstellung geschätzt werden muss. Die Politiker können durch gezieltes falsches Schätzen der Zahlen einen erhöhten Verschuldungsspielraum für das Haushaltsjahr generieren.⁸⁰

Zudem kann man an dieser Komponente noch eine weitere Problematik feststellen. Es handelt sich hierbei um die „symmetrische Berücksichtigung der konjunkturellen Entwicklung“ nach Art. 109 Abs. 3 und Art. 115 Abs. 2 GG. Um der symmetrischen Berücksichtigung gerecht zu werden, muss der Konjunkturzyklus vorhersehbar sein. Es muss sich zudem um einen idealtypischen Zyklus handeln. Hiervon kann jedoch keinesfalls ausgegangen werden. Eine Konjunkturentwicklung kann zu keiner Zeit

⁷⁸ Vgl. Neidhardt, 2010, S. 387.

⁷⁹ Vgl. Neidhardt, 2010, S. 394 – 395.

⁸⁰ Vgl. Klepzig, 2015, S. 276.

vorhergesehen werden.⁸¹ Zum anderen kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass auf eine Rezession ein derartiger Aufschwung erfolgt, dass alle aufgenommenen Kredite während dieser Phase wieder abgebaut werden können. Folge dessen ist, dass trotz Berücksichtigung des Konjunkturverlaufs und trotz Tilgung von Krediten in Phasen des Aufschwungs das weitere Bestehen der Schulden nicht in jedem Fall vermieden werden kann.

Die hauptsächlichen negativen Aspekte wurden nun aufgezählt. Nun ist auf positive Aspekte der Konjunkturkomponente einzugehen. Die eben beschriebene symmetrische Berücksichtigung des Konjunkturverlaufs hat zwar eine Schwäche, weist jedoch auch einen sehr positiven Aspekt auf. Auch wenn eine exakte symmetrische Berücksichtigung aufgrund des unvorhersehbaren Konjunkturverlaufs nicht möglich ist, überwiegt jedoch der Gedanke, dass dadurch eine antizyklische Fiskalpolitik geschaffen wird.⁸² Den Abbau der Kredite in Aufschwüngen kann man sozusagen auch als integrierte Tilgungsregelung der Konjunkturkomponente sehen. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass der Wille der Politiker vorhanden sein muss, dass die Kredite tatsächlich in Aufschwüngen abgebaut werden. Damit die Konjunkturkomponente ihre Wirkung der antizyklischen Politik entfalten kann, ist dieser zwingend erforderlich. Die Regelung der symmetrischen Berücksichtigung sollte nach der aufgeführten Argumentation beibehalten werden.

Zudem wird ein weiteres beschriebenes Problem zumindest zum Teil gelöst. Das Kontrollkonto sorgt dafür, dass die Verschätzungstaktik der Politiker eingeschränkt wird. Wird bei der Haushaltsplanung die Konjunktur pessimistisch eingeschätzt, sodass dadurch eine höhere Kreditaufnahmegrenze entsteht, werden diese Fehleinschätzungen im Folgejahr, nachdem der Haushalt abgeschlossen wurde, auf dem Kontrollkonto verbucht. Diese negativen Belastungen des Kontrollkontos

⁸¹ Vgl. Magin, 2010, S. 265 [18.07.2015].

⁸² S. Kapitel 2.2.2.

sind nach Überschreiten des Schwellenwertes in den Folgejahren mit niedrigeren Kreditaufnahmen auszugleichen, sodass Politiker dazu animiert werden, zumindest teilweise von den falschen Schätzungen Abstand zu nehmen.⁸³ Eine exakte Bestimmung der Werte in der Haushaltsplanung ist aufgrund dessen, dass der Konjunkturverlauf ohnehin nicht voraussehbar ist, nicht möglich.

Zusammenfassend kann man die Konjunkturkomponente somit, anders als die Strukturkomponente, als positiven Aspekt der Schuldenbremse bezeichnen, da die Schwächen, die die Komponente offenbart, zum Teil bereits beseitigt werden. Lediglich die fehlende Transparenz verbleibt als letztes kleines Problem. Die Konjunkturkomponente führt bei entsprechender Rückführung der Kredite zu keiner Erhöhung der Schuldenstandsquote. Bzgl. der Regelung besteht somit kein weiterer Verbesserungsbedarf.

4.1.3 Bewertung der Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen und außergewöhnliche Notsituationen

Zuletzt hat eine Bewertung der dritten Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen und außergewöhnliche Notsituationen zu erfolgen. Zuerst einmal ist eine Integrierung einer solchen Regelung in das Grundgesetz zu begrüßen. Denn wenn eine derartige Situation eintritt, ist zur Beseitigung der Störung oft eine Kreditaufnahme zwingend notwendig, um weiteren Schaden zu vermeiden.

Trotzdem besteht auch bei dieser Ausnahmeregelung durchaus noch Verbesserungsbedarf. In Kapitel 2.2.3 wurde definiert, wann eine der genannten Situationen vorliegt und was diese voraussetzen. Doch selbst nach diesen Definitionen dürfte nicht ganz klar sein, wann sich ein Vorliegen dieser Ausnahmebestimmung ergibt. Das Vorliegen einer Naturkatastrophe kann man neben der bereits genannten Definition

⁸³ Vgl. Klepzig, 2015, S. 276.

zusätzlich aus Art. 35 GG ableiten. Anhand dessen kann die Auslegung des Begriffs erfolgen, da dieser dort im Zuge des Amtshilferegimes bereits verwendet wird.⁸⁴ Der Begriff der außergewöhnlichen Notsituation erscheint aufgrund einer nicht vorhandenen Definition und keines Anhaltspunktes in anderen Artikeln des Grundgesetzes jedoch als etwas problematischer. Der Auslegungsspielraum der Politiker wird mit Beachtung auf die bereits erläuterte Definition der außergewöhnlichen Notsituation jedoch eingeschränkt, sodass die Zahl der Fälle für das Vorliegen einer solchen Situation minimiert wird.⁸⁵

Als zweiter Aspekt dieser Regelung ist die Bestimmung nach Art. 115 Abs. 2 S. 6 GG zu bewerten, welche einen Beschluss mit der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages für die Inanspruchnahme der Ausnahme voraussetzt. Zwar ist diese Voraussetzung positiv zu sehen, da dem oben genannten Problem der kreativen Auslegung der Politiker entgegengewirkt wird, jedoch könnte hier aber durchaus eine höhere Mehrheit wie beispielsweise die 2/3-Mehrheit in Betracht kommen.⁸⁶ Man kann sehr wohl davon ausgehen, dass bei einer tatsächlich vorliegenden Notsituation die Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestags zustande kommen würde. So würde der Schutz gegenüber dem Ausnutzen der Ausnahme erhöht werden. Jedoch erscheint auch die nun im Grundgesetz vorhandene Kanzlermehrheit als ausreichend, sodass eine Reform in diesem Fall nicht notwendig ist.⁸⁷

Zuletzt ist noch auf die Tilgungsregelung nach Art. 115 Abs. 2 S. 6, 7 einzugehen. Beschließt der Bundestag eine Erhöhung der Kreditobergrenze aufgrund einer vorliegenden Naturkatastrophe oder außergewöhnlichen Notsituation, so ist ein entsprechender Tilgungsplan aufzustellen. Die Tilgungsregelung an sich erscheint als sehr positiv, da

⁸⁴ Vgl. Neidhardt, 2010, S. 392.

⁸⁵ Vgl. Ryczewski, 2011, S. 182 – 183.

⁸⁶ Vgl. Pünder, 2008, S. 90.

⁸⁷ Vgl. Kirchhof, G. 2009, S. 598.

somit eine Rückführung der aufgenommenen Kredite erwirkt wird. Deren nähere Ausgestaltung erscheint zum Teil jedoch als problematisch. Es handelt sich hierbei um den „angemessenen Zeitraum“. Eine genaue Definition des Wortes „angemessen“ existiert im Grundgesetz nicht. Nicht einmal ein Richtwert oder Orientierungspunkt wurde festgelegt.⁸⁸ Durch die gewählte Formulierung können die Lasten der Kredite in die Zukunft verschoben werden, da die Politiker selbst darüber entscheiden können, welchen Zeitraum sie als angemessen empfinden.⁸⁹ Dieser Aspekt ist als sehr problematisch zu sehen und sollte zwingend reformiert werden.

Zusammenfassend kann man über die Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen und außergewöhnliche Notsituationen feststellen, dass diese wie auch die Konjunkturkomponente einen positiven Aspekt der neuen Schuldenbremse darstellt. Durch die enge, jedoch nicht perfekt formulierte Auslegungsmöglichkeit der beiden Begriffe zur Inanspruchnahme der Ausnahme werden die Umgehungsmöglichkeiten zumindest teilweise eingeschränkt. Die Kanzlermehrheit zum Beschluss der Inanspruchnahme ist ausreichend, auch wenn eine höhere Mehrheit zum Beschluss sich sicher nicht negativ auf die Bestimmung auswirken würde. Als negativ ist lediglich die ungenaue Tilgungsregelung zu sehen. Bzgl. des Begriffs der Angemessenheit hat der Gesetzgeber dringend Reformen einzuleiten. Auch diese Ausnahmeregelung wird dauerhaft nicht zu einer Steigerung der Staatsschuldenquote führen.

4.1.4 Bewertung des Kontrollkontos

Nun wird auf die Regelung des Art. 115 Abs. 2 S. 4 GG, welcher die Einführung eines Kontrollkontos vorschreibt, eingegangen. Wie in Kapitel 2.2.4 bereits erläutert ist eine wesentliche Funktion des Kontrollkontos neben der Haushaltsplanung auch den Haushaltsvollzug zu überwachen. Dies ist eine Grundvoraussetzung, damit eine Senkung der Schuldenstandsquote erreicht werden kann. Würden die Regelungen der

⁸⁸ Vgl. Klepzig, 2015, S.243.

⁸⁹ Vgl. Ryczewski, 2011, S. 199.

neuen Schuldenbremse nur die Haushaltsplanung betreffen, so wäre es für die Politiker wohl ohne große Probleme möglich, Kredite im Haushaltsplan zu veranschlagen und absichtlich falsch zu schätzen, da daraus keine Folgen entstehen werden.⁹⁰ Das Kontrollkonto erfüllt somit eine erste wesentliche Funktion in Bezug auf die Senkung der Schuldenstandsquote, da Abweichungen von der zulässigen Kreditobergrenze auf ihm erfasst werden.

Als weiterer positiver Aspekt ist die Außenwirkung des Kontrollkontos zu betrachten. Beim Verfassen von fiskalpolitischen Regelungen ist darauf zu achten, dass diese eine gewisse Transparenz vorweisen.⁹¹ Man kann es als „Offenheit gegenüber der Bevölkerung“⁹² bezeichnen. Durch das Kontrollkonto wird diese Funktion insoweit erfüllt, dass die Öffentlichkeit zumindest darüber informiert wird, inwieweit der Bund von der zulässigen Kreditobergrenze abgewichen ist. Zudem ist diese Regelung auch klar verständlich. Bei einem negativen Stand des Kontrollkontos kann für einen Bürger schnell ersichtlich werden, dass der Bund in der Zeit zuvor mehr Kredite aufgenommen hat, als zulässig waren. Im entgegengesetzten Fall verhält sich dies andersherum.⁹³ Betrachtet man den derzeitigen Stand des Kontrollkontos, so kann man aufgrund des positiven Standes nach dem Jahresabschluss von 2013 in Höhe 85,7 Mrd. Euro feststellen, dass die Kreditaufnahme des Bundes in den Jahren zuvor die zulässige Kredithöchstgrenze unterschritten hat.⁹⁴ Das Kontrollkonto erfüllt somit eine zweite wesentliche Funktion.

Es ist zudem noch auf die Rückführungspflicht bei Erreichen des Schwellenwertes von 1,5% einzugehen. Die entstehende Rückführungspflicht beim Erreichen dieses Wertes stellt einen positiven Aspekt dar. Jedoch stellt sich die Frage, ob diese 1,5% nicht zu hoch

⁹⁰ Vgl. Ryczewski, 2011, S. 187.

⁹¹ Vgl. Klepzig, 2015, S. 247.

⁹² Klepzig, 2015, S. 247.

⁹³ Vgl. Klepzig, 2015, S. 255.

⁹⁴ S. Bundesfinanzministerium, Bundeshaushaltsplan 2015, S. 21 [15.07.2015].

angesetzt sind. Durch diesen relativ großen Wert entsteht für den Bund ein weiterer Handlungsspielraum. Es kann davon ausgegangen werden, dass dieser von den Politikern ausgenutzt wird, da bis zu dessen Erreichen keine Tilgungspflicht besteht.⁹⁵ Dadurch besteht die Möglichkeit, dass das Kontrollkonto mit einem sehr negativen Stand an die Nachfolgeregierung übergeben wird.⁹⁶ Ein teilweises Entgegenwirken ergibt sich aus § 7 Abs. 3 G115 in der Bestimmung, dass sich die Kreditermächtigung bei Erreichen einer Belastung von 1,0 % auf dem Kontrollkonto um 0,35% des BIP für das nächste Jahr verringert. Durch diese Bestimmung wird der Wert von 1,5% vorerst auf Abstand gehalten, jedoch wird das Problem keinesfalls komplett beseitigt.⁹⁷

Die Tilgungsregelung im Falle des Überschreitens des Schwellenwertes wird ebenfalls noch einer Bewertung unterzogen. Die Bestimmung der „konjunkturgerechten Rückführung“ grenzt eine Tilgung in Zeiten des Abschwungs aus. Eine genaue Regelung, in welchem Maß bzw. in welchem Zeitraum diese in Zeiten des Aufschwungs zu erfolgen hat, wurde nicht im Grundgesetz und auch nicht im Ausführungsgesetz verankert.⁹⁸ Somit entsteht hier ein weiterer Auslegungsspielraum für die Politiker. Durch die ungenaue Bestimmung der Tilgungsregelung entsteht für den Bund die Möglichkeit, den Kredit in vielen kleinen Schritten abzubauen, sodass es bis zum endgültigen Abbau der Belastungen eine ganze Weile dauern kann.⁹⁹

Fasst man die Ergebnisse der Bewertung des Kontrollkontos zusammen, so kommt man zu dem Entschluss, dass dessen Funktionen klar ersichtlich geworden sind. Die wesentliche Funktion der Kontrolle des Haushaltsvollzugs ist durch die Regelung gegeben. Allerdings besteht auch dringender Verbesserungsbedarf der Regelung, der bereits

⁹⁵ Vgl. Kirchhof, G. 2009, S. 593.

⁹⁶ Vgl. Ryczewski, 2011, S. 187.

⁹⁷ Vgl. Koemm, 2011, S. 329.

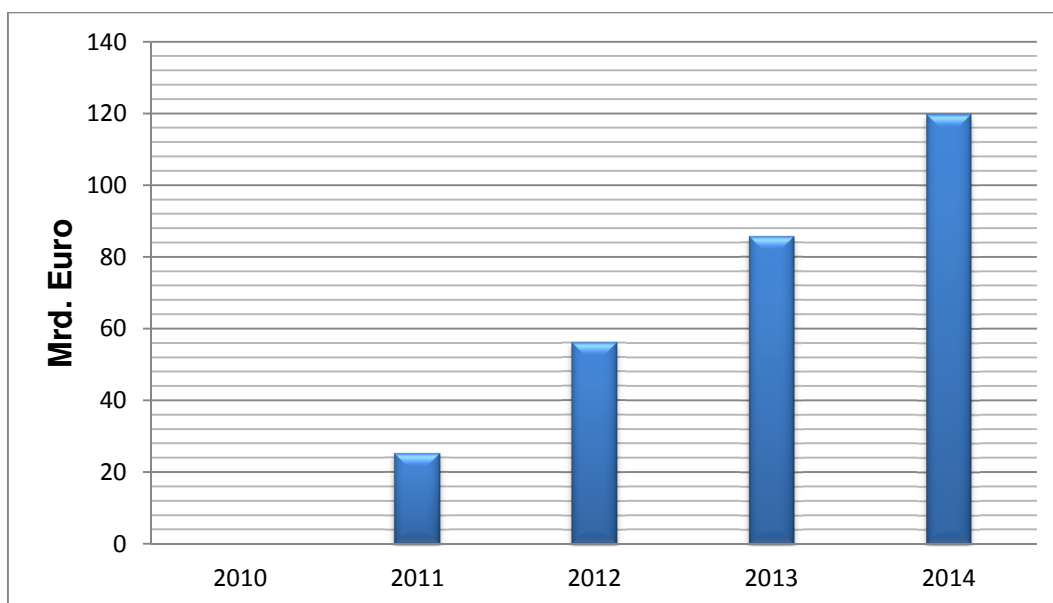
⁹⁸ Vgl. Ryczewski, 2011, S. 187.

⁹⁹ Vgl. Neidhardt, 2010, S. 391.

beschrieben wurde, damit das Kontrollkonto seinen Zweck in dem Maße, wie es vorgesehen ist, auch tatsächlich erfüllen kann.

Im folgenden Diagramm wird die Entwicklung des Standes auf dem Kontrollkonto aufgezeigt. Es wird ersichtlich, dass der Saldo des Kontrollkontos jährlich gestiegen ist. Somit wurde die zulässige Kreditobergrenze seit dem Jahr 2011 stets unterschritten.

Abbildung 6: Stand des Kontrollkontos am Jahresende seit 2011



Quelle: Eigene Darstellung; die Werte beziehen sich auf die Haushaltsrechnungen der Jahre 2011-2014 des Bundes

4.1.5 Bewertung der Bereinigung um finanzielle Transaktionen

Betrachtet man die Bereinigung um finanzielle Transaktionen, so lassen sich hierbei durchaus Schlupflöcher für die Politiker finden. Beispielsweise kann die Kredithöchstgrenze auf Bundesebene durch Gründung einer Aktiengesellschaft, welche mit Darlehen finanziert wird, weiter gesteigert werden. Denn diese Ausgaben werden aus den maßgeblichen Ausgaben für die Berechnung der Kreditobergrenze herausgerechnet. Oder auch die Rettung durch die Bundesländer von Banken im Wege des Erwerbs von

Beteiligungen kann den Verschuldungsspielraum erhöhen.¹⁰⁰ Positiv im Rahmen dieser Regelung kann man jedoch sehen, dass das Haushaltssaldo an das Finanzierungssaldo der Maastricht-Rechnung angenähert wird. Hierbei wird zwischen finanziellen und nicht-finanziellen Transaktionen unterschieden.¹⁰¹ Die finanziellen Transaktionen, welche das Haushaltsdefizit nicht sofort beeinflussen, zählen somit nicht zur gültigen Kredithöchstgrenze. Der mögliche Verschuldungsspielraum von Bund und Ländern wird allerdings folgerichtig nicht erhöht, wenn sich die Einnahmen und Ausgaben aus finanziellen Transaktionen ausgleichen.¹⁰²

Zwar entsteht durch die Bereinigung um finanzielle Transaktionen ein Schlupfloch für die Politiker, jedoch erfolgt dadurch eine Anpassung an die Maastricht-Kriterien. Betrachtet man diesen negativen und den positiven Aspekt, so kann man zusammenfassend feststellen, dass bzgl. der Bereinigung um finanzielle Transaktionen aufgrund der Bezugnahme zum EU-Recht keine dringenden Reformen notwendig sind.

4.1.6 Die Streichung der Ausnahme für Sondervermögen

Die Ausnahme des Sondervermögen von der Kreditobergrenze, die bis zur Föderalismusreform II nach Art. 115 Abs. 2 GG a. F. bestand, war eine bedeutende Umgehungsmöglichkeit für Politiker, um den Verschuldungsspielraum zu erhöhen. Sie war einer der Faktoren, die maßgeblich zum Scheitern der alten Schuldenbegrenzungsregelungen beigetragen hat, da hiermit zusätzliche Kredite, die nicht zu den Verschuldungsgrenzen zählten, aufgenommen wurden.¹⁰³ Zukünftig sind die Defizite des Sondervermögens dem Haushalt zuzuschreiben und müssen durch Zuschüsse wieder ausgeglichen werden.¹⁰⁴ Ein kleines Schlupfloch ergibt sich dennoch aus Art. 143d Abs. 1 S. 2 GG, wonach die bis zum 31.12.2010 bestehenden Kreditermächtigungen von der neuen

¹⁰⁰ Vgl. Magin, 2010, S. 266 [18.07.2015].

¹⁰¹ Vgl. Koemm, 2011, S. 195.

¹⁰² Vgl. Koemm, 2011, S. 196.

¹⁰³ Vgl. Ryczewski, 2011, S. 185.

¹⁰⁴ Vgl. Klepzig, 2015, S. 228.

Regelung ausgenommen sind und somit weiterhin genutzt werden können. Nachdem diese Ermächtigungen jedoch komplett ausgeschöpft sind, entfällt auch diese letzte kleine Umgehungsmöglichkeit für den Bund und künftige Defizite aller Sondervermögen sind in den Haushalt zu integrieren.¹⁰⁵ Die Abschaffung dieser Ausnahmeregelungen kann somit als großer Fortschritt entgegen den vorherigen Bestimmungen zur Schuldenbegrenzung gesehen werden und stellt somit einen sehr positiven Aspekt der Schuldenbremse dar. Reformen bzgl. der Regelung des Sondervermögens sind keine nötig, da das einzige Problem, wie bereits erwähnt, in den nächsten Jahren sowieso beseitigt wird.

4.2 Bewertung der Schuldenbremse auf Landesebene

Nachdem die Regelungen auf Bundesebene ausführlich bewertet wurden, erfolgt nun eine Prüfung der gültigen Bestimmungen der Schuldenbremse auf Landesebene. Da die Länder bzgl. der Konjunkturkomponente und den außergewöhnlichen Notsituationen eigene Regelungen festlegen können, wird im folgenden Abschnitt lediglich auf die nicht vorhandene strukturelle Verschuldungskomponente bzw. das Nullverschuldungsverbot für die Länder eingegangen.

Dieses strukturelle Kreditaufnahmeverbot betreffend stellt sich zuerst einmal die Frage, warum dem Bund eine strukturelle Verschuldungskomponente zusteht, den Ländern jedoch nicht. Zwar fordert Art. 79 Abs. 3 GG eine Gleichbehandlung von Bund und Ländern, eine strenge förmliche Gleichbehandlung ist jedoch keineswegs verpflichtend.¹⁰⁶ Zudem ist zu beachten, dass der Bund bzgl. diverser Belastungen, auch den Bedarf für Investitionsmaßnahmen betreffend, einen höheren Anteil als die Bundesländer zu tragen hat, sodass auch sachgerechte Gründe für die Ungleichbehandlung vorliegen.¹⁰⁷ Betrachtet man das Nullverschuldungsgebot genauer, so kann man daraus positive

¹⁰⁵ Vgl. Ryszewski, 2011, S. 185.

¹⁰⁶ Vgl. Neidhardt, 2010, S. 378.

¹⁰⁷ Vgl. Mayer, 2014, S. 122.

Schlüsse ziehen. Durch die Unmöglichkeit einer strukturellen Nettokreditaufnahme ist es für die Länder nicht möglich, einen hohen Schuldenstand auf Dauer aufzubauen.¹⁰⁸ Trotz dessen haben die Bundesländer weiterhin die Möglichkeit zur Kreditaufnahme, indem sie Ausnahmeregelungen bzgl. Schwankungen der Konjunktur und außergewöhnlichen Notsituationen erlassen. Somit ist in Situationen, in denen ein Kredit dringend notwendig ist, eine Aufnahme dessen möglich. Da in diesen beiden Fällen eine entsprechende Tilgungsregelung verpflichtend ist, kann man zudem ein stetiges Ansteigen der Schuldenstandsquote aufgrund dieser beiden Ausnahmen ebenfalls ausschließen. Auch eine zu große Einschränkung im Bereich der Investitionen wird durch das strukturelle Kreditaufnahmeverbot nicht entstehen, da die Länder, wie bereits in Kapitel 3.1.1 erläutert, das Recht auf eine aufgabenangemessene Finanzausstattung haben. Eine Finanzierung von notwendigen Investitionen auch ohne Aufnahme von Krediten wird somit gewährleistet.¹⁰⁹

Abschließend sind die getroffenen Regelungen der neuen Schuldenbremse für die Länder als positiv zu bewerten. Für deren Umsetzung wird allerdings auch entscheidend, auf welche Weise die Bestimmungen der neuen Schuldenbremse in die Landesverfassungen übernommen werden. In diesem Zusammenhang ist vor allem die verpflichtende Aufnahme einer Tilgungsregelung als sehr positiver Aspekt zu sehen. Es sind somit keine zwingenden Reformen der schuldenrechtlichen Bestimmungen auf Landesebene erforderlich.

4.3 Bewertung des Stabilitätsrats

Die Einführung des Stabilitätsrates wird in Art. 109a GG vorgeschrieben und durch das StabiRatG konkretisiert. Ein solches Kontrollorgan für Bund und Länder ist sehr zu begrüßen, vor allem weil es für Transparenz

¹⁰⁸ Vgl. Ryczewski, 2011, S. 195.

¹⁰⁹ Vgl. Koemm, 2011, S. 253.

sorgt.¹¹⁰ Jedoch ist fraglich, ob der Stabilitätsrat in der Form, in der er umgesetzt wurde, als positiv zu sehen ist.

Ein erster Schwachpunkt findet sich in der Zusammensetzung des Stabilitätsrates. Bei den Fachministern von Bund und Länder, die Teil dessen sind, handelt es sich nicht um unabhängige Personen, sondern um Politiker, die selbst von den Entscheidungen des Stabilitätsrates abhängig sein können. Ein unabhängiges Kontrollorgan ist somit nicht mehr vorhanden, auch wenn der Rat an keine Weisungen von Bund oder Ländern gebunden ist.¹¹¹ Jedoch bestimmt § 7 StabiRatG, dass der Stabilitätsrat durch einen Beirat, der aus einem Vertreter der Bundesbank und einem Vertreter des Sachverständigenrates besteht, unterstützt wird, sodass diesem Problem zumindest teilweise entgegengewirkt wird.

Als zweite Schwachstelle ist das Kennzahlensystem zu sehen. Die vier Kennzahlen wurden bereits in Kapitel 2.3 erläutert. Auffällig ist, dass es sich um komplett andere Kennzahlen handelt, als das EU-Recht vorschreibt. Einzig die Schuldenstandsquote als EU-Kennzahl wird als Merkmal auf Bundesebene der Prüfung unterzogen. Ein klarer Bezug dieser Kennzahlen zur Schuldenbremse besteht nicht, obwohl der Rat im Wege der Föderalismusreform II und somit auch im Zuge der neuen schuldenrechtlichen Bestimmungen eingeführt worden ist. Der Stabilitätsrat prüft somit nicht explizit, ob der Bund und die Länder die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten, obwohl es durchaus sinnvoll gewesen wäre, wenn er diese Funktion zugetragen bekommen hätte.¹¹²

Ein drittes Problem ist die fehlende Möglichkeit zur Verhängung von Sanktionen durch den Stabilitätsrat. Das zu vereinbarende Sanierungsprogramm bei der Feststellung einer drohenden Haushaltsnotlage kann man durchaus begrüßen. Denn dieses trägt zur

¹¹⁰ Vgl. Buscher, 2010, S. 399.

¹¹¹ Vgl. Klepzig, 2015, S. 327 – 328.

¹¹² Vgl. Klepzig, 2015, S. 327.

Eigenständigkeit der Körperschaft bei, was eine wichtige Funktion darstellt.¹¹³ Problematisch erscheint jedoch die Vorgehensweise bei einem gescheiterten Sanierungsprogramm. Die Vereinbarung eines neuen Programms führt nicht zwingend dazu, dass die Haushaltsnotlage damit beseitigt wird. Die Verhängung einer Sanktion hingegen könnte dazu führen, dass auf die betroffene Körperschaft Druck ausgeübt wird, sodass bereits beim ersten Sanierungsprogramm alles dafür getan wird, um die Haushaltsnotlage zu beseitigen.¹¹⁴ Sanktionsmöglichkeiten in Bezug auf die Nichteinhaltung der schuldenrechtlichen Bestimmungen scheiden aufgrund der fehlenden Zuständigkeit zuerst einmal aus.

Abschließend ist festzustellen, dass die Einführung eines Gremiums zur Überwachung der Haushalte von Bund und Ländern notwendig war. Dessen Umsetzung in Form des derzeitigen Stabilitätsrats ist jedoch als sehr problematisch anzusehen. Lediglich die durch den Rat entstehende Transparenz durch die Veröffentlichung von Berichten, insbesondere durch die Sanierungsprogramme, ist als positives Argument festzustellen. Die weitere Umsetzung, vor allem in Form der vier Kennzahlen und der fehlenden Sanktionsmöglichkeiten, erscheint als problematisch und benötigt dringende Reformen, damit der Stabilitätsrat die Kontrolle der Entwicklung der Schulden von Bund und Ländern übernehmen kann.

4.4 Bewertung der Bestimmungen des Art. 143d GG

Zuletzt hat eine Bewertung der in Art. 143d GG festgelegten Bestimmung zu erfolgen. Hierbei handelt es sich zum einen um die Ausgestaltung der Übergangsregelung und um die Konsolidierungshilfen, die ärmeren Ländern zustehen.

4.4.1 Bewertung der Übergangsregelung

Hinsichtlich der bereits in Kapitel 2.4.1 genannten Funktionen ist die Einführung einer Übergangsregelung durchaus sinnvoll. Eine sofortige

¹¹³ Vgl. Koemm, 2011, S. 350.

¹¹⁴ Vgl. Koemm, 2011, S. 350.

Umsetzung von Bund und Ländern wäre aufgrund der wirtschaftlichen Lage, die bei der Umsetzung der Föderalismusreform II bestand, nicht möglich gewesen.¹¹⁵ Diese lange Übergangsfrist ist durchaus als gefährlich zu betrachten, da der Schuldenstand der Länder in diesen Jahren weiter steigen kann.¹¹⁶ Aufgrund des oben genannten Aspekts der wirtschaftlichen Lage war dieses Problem jedoch nicht zu vermeiden. Außerdem bleibt abzuwarten, ob sich bis zum Umsetzungsjahr 2020 für die Länder noch Änderungen der Bestimmungen ergeben.¹¹⁷

Zusammenfassend ist eine Reform der Übergangsregelung somit nicht nötig und kommt aufgrund der vorangeschrittenen Zeit ohnehin nicht mehr in Frage.

4.4.2 Bewertung der Gewährung von Konsolidierungshilfen

Nachdem die Bewertung der ersten Bestimmung des Art. 143d GG erfolgt ist, wird im Folgenden auf die Bestimmung des Abs. 2 hinsichtlich der Konsolidierungshilfen für die Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein eingegangen. Den Schuldenstand von hochverschuldeten Ländern zu senken ist wichtig, wenn man zukünftig eine weitere Verschuldung bzw. ein weiteres Ansteigen des Schuldenstandes vermeiden möchte. Ansonsten wäre es für die betroffenen Länder wohl nicht möglich, die Vorgaben der Schuldenbremse zum endgültigen Umsetzungsjahr 2020 einzuhalten.¹¹⁸ Allerdings ist die genaue Umsetzung der Gewährung der Hilfen zu kritisieren. Das in Kapitel 2.4.2 erläuterte Verfahren des Stabilitätsrates bzgl. der Einhaltung von Obergrenzen des jährlichen Finanzierungsdefizits der Länder kann zwar durchaus begrüßt werden, jedoch stellt eine in § 2 Abs. 2 S. 2 KonsHilfG enthaltene Ausnahme ein Problem dar. Danach hat der Stabilitätsrat die Möglichkeit, in begründeten Ausnahmefällen eine Überschreitung als

¹¹⁵ Vgl. Neidhardt, 2010, S. 366.

¹¹⁶ Vgl. Magin, 2010, S. 264 [18.07.2015].

¹¹⁷ Vgl. Neidhardt, 2010, S. 366.

¹¹⁸ Vgl. Buscher, 2010, S.414.

unbeachtlich festzustellen, sodass trotz der nicht eingehaltenen Grenze die Gewährung der Konsolidierungshilfen möglich ist.¹¹⁹ Jedoch ist in diesem Zusammenhang als positiv zu betrachten, dass die jährlichen Obergrenzen der Länder bisher stets eingehalten wurden.¹²⁰

Weiterhin ist die Auflage zu beachten, welche die Länder zu erfüllen haben, damit die Hilfen bestehen bleiben. Das Finanzierungsdefizit muss bis zum Jahr 2020 als Voraussetzung für die Gewährung der Hilfen beseitigt sein. Somit dürfen die Ausgaben die Einnahmen in diesem Jahr nicht übersteigen. Jedoch bleibt die Frage offen, welche Rechtsfolgen die Länder bei Nichterfüllen der Voraussetzung zu befürchten haben. In Betracht käme nur ein Rückerstattungsanspruch der bereits gewährten Hilfen. Dies ist jedoch als problematisch zu sehen, da eine Rückführung von solch hohen Beträgen den Ländern nicht ohne weiteres möglich sein wird. Da eine explizite Regelung für eine Rechtsfolge in diesem Fall weder im Grundgesetz noch im Ausführungsgesetz vorhanden ist, kann man davon ausgehen, dass ein Rückerstattungsanspruch entfällt, auch weil dieser in Anbetracht der Verhältnismäßigkeit ohnehin als Maßnahme ausscheiden würde. Auch die Ausführung des Art. 143d Abs. 2 S. 5 GG, welcher nur die Konsequenzen bei der Nichteinhaltung der jährlichen Abbauschritte anspricht, lässt darauf schließen, dass die jährlichen Berichte des Stabilitätsrats bzgl. der Konsolidierungshilfen als verbindlich für den gesamten Übergangszeitraum anzusehen sind, sodass die Länder keine Sanktionen zu befürchten haben, wenn im Jahr 2020 weiterhin ein Finanzierungsdefizit besteht.¹²¹

Zuletzt ist noch auf die Finanzierungslasten, die durch die Gewährung der Konsolidierungshilfen entstehen, einzugehen. Daraus, dass die Länder neben dem Bund die Finanzierungslast zu tragen haben, kann man schlussfolgern, dass die Länder, die in den letzten Jahren solide

¹¹⁹ Vgl. Buscher, 2010, S. 414.

¹²⁰ Stabilitätsrat, Konsolidierungsberichterstattungen 2011 – 2014 [26.07.2015].

¹²¹ Vgl. Neidhardt, 2010, S. 383.

gewirtschaftet haben, die Misswirtschaft der ärmeren Länder auszubaden haben. Somit werden die Länder für ihre Bemühungen bestraft. Die Länder hingegen, die Konsolidierungshilfen erhalten, werden dafür belohnt, dass sie in den Jahren zuvor schlecht gewirtschaftet haben.¹²²

Fasst man die Bestimmungen zur Gewährung von Konsolidierungshilfen zusammen, erscheint die Regelung zwar als notwendig, deren Umsetzung ist jedoch problematisch. Trotzdem kommt eine Reform aufgrund dessen, dass die Hälfte des Übergangszeitraumes vorüber ist, nicht mehr in Frage.

4.5 Weitere Probleme der neuen Schuldenbremse

Im Folgenden wird darauf eingegangen, inwieweit weitere negative Aspekte der neuen Schuldenbremse festzustellen sind und welche Umgehungsmöglichkeiten für die Politiker sich hieraus ggf. ergeben.

4.5.1 Keine Einbeziehungen von Kommunen und Sozialversicherungen

Ein Problem besteht in der fehlenden Einbeziehung von Kommunen und Sozialversicherungen in das Grundgesetz, welches in Bezug zum EU-Recht bereits erläutert wurde. Umgehungsmöglichkeiten erwachsen z. B. hieraus, dass Bund und Länder bestimmte Aufgaben auf die Sozialversicherungen oder Kommunen übertragen, sodass die eigenen Finanzen entlastet werden. Daraufhin steigen wiederum die Lasten von den Sozialversicherungen und Kommunen, welche jedoch mit Krediten, die nicht unter die Kredithöchstgrenze fallen, finanziert werden können.¹²³ In diesem Zusammenhang ist eine Reformbedürftigkeit dringend gegeben.

4.5.2 Fehlende Sanktionen durch unzureichende verfassungsrechtliche Kontrolle

Ein weiterer negativer Aspekt der neuen schuldenrechtlichen Bestimmungen findet sich in den fehlenden Sanktionsmöglichkeiten,

¹²² Vgl. Lenz/Burgbacher, 2009, S. 2565 [02.06.2015].

¹²³ Vgl. Klepzig, 2015, S. 233.

worauf im Zusammenhang mit dem Stabilitätsrat bereits eingegangen wurde. Auch bzgl. weiterer Sanktionsmöglichkeiten durch die verfassungsrechtliche Kontrolle kann man keine positiven Argumente feststellen. In diesem Zusammenhang kommt eine Kontrolle durch das Bundesverfassungsgericht in Frage. Jedoch hat dieses nicht die Möglichkeit, konkrete Sanktionen bei Nichteinhaltung der Bestimmungen der Schuldenbremse gegenüber Bund und Ländern zu veranlassen. Das Bundesverfassungsgericht kann aufgrund der Überschreitung der Kredithöchstgrenze lediglich die Nichtigkeit des Haushaltsgesetzes des betroffenen Jahres feststellen. Allerdings dauert es meistens Jahre, bis das Bundesverfassungsgericht einen Prozess abschließt und seine endgültige Entscheidung diesbezüglich fällt. Dadurch wird das Haushaltsgesetz nach der Entscheidung in Bezug auf dessen Nichtigkeit schon längst vollzogen sein. Daraus kann man schlussfolgern, dass sich hieraus auch keine Sanktionen für die betroffene Körperschaft ergeben können.¹²⁴ Denn eine Rückabwicklung der Kredite würde wohl einen zu großen Aufwand darstellen und wäre für die betroffene Körperschaft finanziell möglicherweise nicht zu stemmen.

Zusammenfassend kann man somit feststellen, dass weder durch den Stabilitätsrat noch durch andere verfassungsrechtliche Kontrolle Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Bund und Ländern bei Nichteinhaltung der schuldenrechtlichen Bestimmungen bestehen. Lediglich das Kontrollkonto durfte die Politiker dazu auffordern, die Schuldengrenzen einzuhalten, um den Verschuldungsspielraum für künftige Haushaltsjahre nicht zu vermindern. Trotzdem besteht in diesem Zusammenhang keine Sanktionsmöglichkeit in Form einer tatsächlichen Strafe. Es besteht folglich ein dringender Handlungsbedarf in Bezug auf weitere Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Bund und Ländern bei Nichteinhaltung der Bestimmungen der Schuldenbremse.

¹²⁴ Vgl. Klepzig, 2015, S. 329 – 330.

5 Reformvorschläge

Im vorherigen Kapitel wurde anhand der Bewertung der verschiedenen Regelungen der Schuldenbremse herausgearbeitet, wo die wesentlichen Reformbedürftigkeiten bestehen. Im nun folgenden Kapitel werden für die Komponenten, in denen ein dringender Verbesserungsbedarf festgestellt wurde, Reformvorschläge vorgetragen.

5.1 Reform der Strukturkomponente

Im Rahmen der Strukturkomponente auf Bundesebene wurde während der Überprüfung festgestellt, dass eine Reform der 0,35%-Regelung zwingend zu erfolgen hat. Teilweise wird sich in der Literatur für ein Nullverschuldungsverbot und somit der kompletten Streichung der Strukturkomponente ausgesprochen.¹²⁵ Trotzdem kommt eine Streichung der Bestimmung aufgrund der bereits erläuterten Flexibilität, die durch die strukturelle Verschuldungskomponente entsteht, nicht in Betracht.¹²⁶ Vielmehr sollte das Problem der fehlenden Tatbestandsvoraussetzung beachtet werden. Hier wäre z. B. die Koppelung der Voraussetzung mit dem Investitionsbegriff eine mögliche Lösung. Zwar war dessen ungenaue Definition einer der großen Schwachpunkte der bisherigen Schuldenbegrenzungsregelungen, dies kann jedoch gelöst werden. Der Investitionsbegriff sollte im Ausführungsgesetz G115 exakt definiert werden, sodass jegliche Umgehungsmöglichkeiten, welche bisher bestanden, beseitigt werden. Insbesondere sollte die Strukturkomponente keinesfalls für konsumtive Zwecke verwendet werden, was mit diesen exakten Bestimmungen nochmal deutlich gemacht werden sollte.¹²⁷

Ein weiteres Problem, das gelöst werden muss, besteht wie bereits erläutert im Zusammenhang mit dem Kontrollkonto. Die Gutschrift auf dem Kontrollkonto der strukturellen Verschuldungskomponente bei deren

¹²⁵ Vgl. Ryczewski, 2011, S. 197 und Schiller, 2013, S: 169.

¹²⁶ Vgl. Klepzig, 2015, S. 346.

¹²⁷ Vgl. Klepzig, 2015, S. 347.

Nichtinanspruchnahme sollte nicht erfolgen. Im Verlauf der Arbeit wurde bereits erläutert, dass die Strukturkomponente durch die Gutschriften bei Nichtinanspruchnahme zum Automatismus wird. Dies sollte aber nicht deren Zweck sein. Denn bei einer extrem negativen wirtschaftlichen Entwicklung kann die jährliche Inanspruchnahme der strukturellen Verschuldungskomponente, auch wenn es unwahrscheinlich ist, zu einem Anstieg der Schuldenstandsquote führen.¹²⁸ Durch die Gutschrift auf dem Kontrollkonto ist quasi eine jährliche Inanspruchnahme gegeben, da dieser Kreditrahmen für spätere Zeiten aufgehoben wird. Die Strukturkomponente sollte jedoch vielmehr eine Ausnahmeregelung darstellen, die nur in Anspruch genommen werden soll, falls sie benötigt wird.

Zusammenfassend wäre eine Reform der Strukturkomponente in der Weise sinnvoll, dass diese an einen im Ausführungsgesetz exakt definierten Investitionsbegriff gekoppelt wird. Zudem erfolgt keine Entlastung auf dem Kontrollkonto, falls die Komponente nicht in Anspruch genommen wird, was ebenfalls in § 7 G115 zu erörtern ist.

5.2 Reform der Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen und außergewöhnliche Notsituationen

In Bezug auf die Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen und außergewöhnliche Notsituationen wurde lediglich ein Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Tilgungsregelung festgestellt. Diesbezüglich sollte man eine bestimmte Jahresfrist festlegen, in der die Rückführung des aufgenommenen Kredites zu erfolgen hat. Beispielweise kommt hier eine Frist von fünf Jahren in Betracht. Zudem sollte man festlegen, dass in Ausnahmefällen diese Frist auf sieben oder acht Jahre verlängert werden könnte. Diese Verlängerung sollte allerdings mit einer ausdrücklichen Pflicht zur Begründung verbunden werden, damit sie nicht

¹²⁸ S. Kapitel 4.1.1.

grundlos ausgenutzt wird.¹²⁹ Durch eine Aufnahme der genannten Aspekte direkt in Art. 115 Abs. 2 GG könnte das einzige ernsthafte Problem, das sich bei dieser Ausnahmeregelung finden lässt, beseitigt werden. Eine Aufnahme direkt in das Grundgesetz erscheint sinnvoller als die Verankerung der Bestimmung im Ausführungsgesetz, da die Tilgungsregelung ein fester und nicht abänderbarer Bestandteil der schuldenrechtlichen Bestimmungen sein soll.

5.3 Reform des Kontrollkontos

Betrachtet man das Kontrollkonto, so sollte hier zum einen der Spielraum von 1,5% eingeschränkt werden. Denn dieser eignet sich aufgrund des hohen Schwellenwertes sehr gut für die Politiker, als Umgehung ausgenutzt zu werden. Ein Wert von 0,5% würde sich deutlich besser als Höchstgrenze eignen, da der Spielraum für die Politiker dann nicht zu weit vergrößert wird.¹³⁰

Zudem sollte weiterhin bestimmt werden, dass sich der Neuverschuldungsspielraum, wie es momentan in Form der 1%-Hürde geregelt ist, ab einem bestimmten Wert verringert. In einer neuen Ausgestaltung sollte diese Verringerung allerdings sofort greifen, sobald eine negative Belastung auf dem Kontrollkonto erfasst ist. Damit würde der Bund durch eine überhöhte Kreditaufnahme in einem Jahr automatisch den Neuverschuldungsspielraum für das nächste Jahr schmälern.¹³¹

Auch sollte eine Frist wie diese von 5 Jahren bestimmt werden, innerhalb der die Belastung auf dem Kontrollkonto zurückzuführen ist, sobald der Schwellenwert erreicht ist. Diese Bestimmung würde sich ähnlich wie bei

¹²⁹ Vgl. Ryczewski, 2011, S. 198.

¹³⁰ Vgl. Ryczewski, 2011, S. 228.

¹³¹ Vgl. Klepzig, 2015, S. 353.

der Ausnahmeregelung für außergewöhnliche Notsituationen bzgl. des angemessenen Zeitraumes gestalten.¹³²

Die erläuterten Bestimmungen sollten durch die Änderung der Schwellenwerte in Art. 115 Abs. 2 GG geregelt werden. Der Zeitraum zur Rückführung der Belastung ist ebenfalls in diesem Artikel unterzubringen. Umgehungsmöglichkeiten für den Bund durch das Kontrollkonto würden somit ausgeschlossen werden.

5.4 Reform des Stabilitätsrats

Wie bereits erläutert wurde, überwacht der Stabilitätsrat nicht explizit die Einhaltung der Schuldengrenzen von Bund und Ländern. Neben den vier Kennzahlen, die der Stabilitätsrat prüft, sollte eine Einbeziehung der Prüfung in Bezug auf die Einhaltung der Schuldengrenzen erfolgen.¹³³ Es kommen hierbei als Kennzahlen und Schwellenwerte die sich ergebenden Kredithöchstgrenzen nach Art. 109 Abs. 3 und Art. 115 Abs. 2 GG mit Beachtung der zulässigen Belastung auf dem Kontrollkonto in Betracht.

Der Stabilitätsrat sollte zudem in diesem Zusammenhang die Möglichkeit haben, Sanktionen gegenüber den Körperschaften, die die Schuldenbegrenzungsregeln nicht einhalten, zu verhängen. Eine mögliche Maßnahme wäre die Miteinbeziehung von einer einfachen Sanktionszahlung, falls der Bund oder ein Land die schuldenrechtlichen Bestimmungen nicht einhält. Dies könnte auch eine mögliche Sanktion sein, falls bei Bestehen einer dringenden Haushaltsnotlage keine ernsthaften Bemühungen bzgl. eines Sanierungsprogramms ersichtlich sind.¹³⁴

Diese beiden Aspekte sollten in das StabiRatG aufgenommen werden.

¹³² Vgl. Ryczewski, 2011, S. 228.

¹³³ Vgl. Klepzig, 2015, S. 355.

¹³⁴ Vgl. Buscher, 2010, S. 399.

5.5 Einbeziehung von Kommunen und Sozialversicherungen

In Kapitel 4.5.1 wurde bereits die Problematik hinsichtlich der fehlenden Einbeziehung von Kommunen und Sozialversicherungen erläutert. Aufgrund der dargelegten Argumentationen sollte eine Einbeziehung dieser beiden Körperschaften in Art. 109 Abs. 3 GG erfolgen.¹³⁵ Hierdurch würden die oben genannten Umgehungsmöglichkeiten in Form von der Lastenübertragung auf Kommunen oder Sozialversicherungen entfallen. Zudem würde eine Einbeziehung den Bestimmungen der Maastricht-Kriterien entsprechen.

5.6 Reform in Bezug auf Sanktionsmöglichkeiten

Bzgl. der Problematik der unzureichenden Möglichkeiten bei der Verhängung von Sanktionen sollte ebenfalls eine Lösung gefunden werden. Im Zusammenhang mit dem Stabilitätsrat wurde bereits erläutert, inwieweit Bund und Länder bei Nichteinhaltung der Schuldenbremse durch diesen sanktioniert werden könnten. Jedoch wäre es sinnvoll, auch eine automatische Sanktionsverhängung im Grundgesetz zu verankern.

Eine derartige effektive Sanktion wäre die automatische Einnahmeerhöhung durch Steuern. In diesem Fall würde bei Nichteinhalten der schuldenrechtlichen Bestimmungen ein automatischer Zuschlag auf die Einkommensteuer auf Bundesebene stattfinden. Dadurch würde die Tilgung der bestehenden Kredite leichter fallen, da mehr Einnahmen zur Verfügung stehen. Zum anderen würde eine Sanktion in der Weise erfolgen, dass sich die Politiker gegenüber den Wählern aufgrund der Steuererhöhung zu verantworten haben.¹³⁶ Mit zunehmenden Erhöhungen der Steuern würden die Politiker viele Stimmen der Wähler verlieren, sodass sie in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr im Amt sein könnten. Mit einer solchen Regelung könnte man somit einen Anreiz schaffen, dass die Schuldengrenzen eingehalten werden. Denn es ist sicher von Interesse für

¹³⁵ Vgl. Buscher, 2010, S. 370.

¹³⁶ Vgl. Klepzig, 2015, S. 358 – 359.

die Politiker, bei der nächsten Wahl wiedergewählt zu werden. Auf Landesebene käme beispielsweise ein Zuschlag auf die Grunderwerbssteuer in Betracht.¹³⁷

Die Bestimmung der Verhängung von Sanktionen in Form des automatischen Steuerzuschlags sollte in Art. 109 Abs. 3 GG als Option für die Länder und in Art. 115 Abs. 2 GG für den Bund aufgenommen werden.

¹³⁷ Vgl. Klepzig, 2015, S. 358.

6 **Fazit**

Betrachtet man die einzelnen Bestimmungen der Schuldenbremse abschließend, so kann man feststellen, dass nur bei entsprechender Umsetzung ein weiterer Anstieg der deutschen Staatsverschuldung, d. h. der Schuldenstandsquote, vermieden werden kann. Gewährleistet ist dies keinesfalls. Über die nähere Ausgestaltung der Bestimmungen besteht ausreichender Diskussionsbedarf.

Zu beachten ist, dass die neuen schuldenrechtlichen Bestimmungen noch einige Mängel und darauf folgende Umgehungsmöglichkeiten aufweisen, die dringend beseitigt werden sollten. Insbesondere bei der Ausgestaltung der Strukturkomponente, bei der Integrierung von genau definierten Tilgungsregelungen und bzgl. Sanktionsmöglichkeiten besteht noch erheblicher Nachbesserungsbedarf.

Mit Blick auf die vorherigen schuldenrechtlichen Bestimmungen kann man die Schuldenbremse trotz der vielen Mängel jedoch als klare Verbesserung sehen. Der unbestimmte Investitionsbegriff wurde durch Bestimmungen, die besser definiert sind, ersetzt. Die Strukturkomponente ist, auch wenn sie in ihrer Ausgestaltung ein Problem darstellt, in ihrer Höhe eindeutig begrenzt. Auch die Höhe der Konjunkturkomponente wird zwar erst durch ein kompliziertes Berechnungsverfahren ersichtlich, ist aber durch das Ausführungsgesetz trotzdem eindeutig definiert. Zudem wurde die fehlende Bestimmung bzgl. der Rückführung von Krediten nun in das Grundgesetz mit Hilfe der Konjunkturkomponente eingebracht, indem diese in konjunkturell guten Zeiten zu erfolgen hat. Die Sanktionsmöglichkeiten erfuhren anhand des Kontrollkontos zumindest eine minimale Verbesserung.

Nach der Beschreibung der Mängel wird klar, dass die Bestimmungen der neuen Schuldenbremse keineswegs eine Garantie für die Begrenzung der

Staatsverschuldung darstellen. Bei entsprechendem Wille der Politiker, die Schuldenstandsquote zu reduzieren, können die neuen Bestimmungen aber trotzdem zu deren Senkung beitragen. Betrachtet man die Entwicklung der Staatsverschuldung hinsichtlich der Nettokreditaufnahme seit dem Jahr 2011, wird klar ersichtlich, dass die Politiker gewillt sind, diese zu senken.¹³⁸ Ob dies tatsächlich aber auch in Zukunft weiterhin der Fall sein wird, darf zumindest in Frage gestellt werden.

„Das erste und höchste Ziel jeder politischen Partei ist es, über die andern den Sieg davonzutragen, um zur Macht zu gelangen oder an der Macht zu bleiben. Die Entscheidung über die politischen Standpunkte ist vom Standpunkt des Politikers aus nicht das Ziel, sondern nur das Material der parlamentarischen Tätigkeit.“¹³⁹

Diese These von Keynes bestätigt, dass Politiker als oberstes Ziel das der Wiederwahl haben. Um dieses in Zukunft zu erfüllen, kann davon ausgegangen werden, dass die Umgehungsmöglichkeiten der Schuldenbremse dazu verwendet werden. Es wird somit nochmal bestätigt, dass eine Reformierung der Schuldenbremse zwingend erforderlich ist, da die Reduzierung der Staatsverschuldung mit den derzeitigen Bestimmungen nicht garantiert ist.

Werden die genannten Probleme behoben und die Umgehungsmöglichkeiten beseitigt, gibt es für die Politiker nicht mehr viel Spielraum bzgl. der Kreditaufnahme. Es wird nicht möglich sein, alle Schlupflöcher zu beseitigen. Es ist aber möglich und zwingend erforderlich, zumindest einige Schlupflöcher zu beseitigen. Ein gezieltes Umgehen der Schuldenbegrenzungsregeln würde somit deutlich erschwert werden. Und es gäbe tatsächlich eine Chance, die deutsche Staatsverschuldung dauerhaft zu reduzieren.

¹³⁸ S. Kapitel 4.1.1.

¹³⁹ Schumpeter, 2005, S. 443.

Anlagen

Gesamtplan - Teil II:

**Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme
nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes sowie der Verordnung über das Verfahren
zur Bestimmung der Konjunkturkomponente nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes**

Komponenten zur Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme		Betrag für 2015
		Millionen €
1		2
1.	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in % des BIP)..... (Basis 2010: 2,21 %, Abbauschritt: 0,31 % p.a.)	0,660
2.	Nominales Bruttoinlandsprodukt des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres.....	2 809 480
3.	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme..... (Produkt aus 1. und 2.)	18 551
4.	Saldo der finanziellen Transaktionen..... (Differenz zwischen 4a. und 4b.)	1 372
4a.	Finanzielle Transaktionen: Einnahmen.....	(1 846)
4aa.	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt.....	1 846
4ab.	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen der Sondervermögen.....	-
4b.	Finanzielle Transaktionen: Ausgaben.....	(474)
4ba.	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt.....	474
4bb.	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen der Sondervermögen.....	-
5.	Konjunkturkomponente..... (Produkt aus 5a. und 5b.)	-5 003
5a.	Nominale Produktionslücke.....	-24 415
5b.	Budgetsemielastizität (ohne Einheit).....	0,205
6.	Abbauverpflichtung aus dem Kontrollkonto.....	-
7.	Zulässige Nettokreditaufnahme..... (Differenz zwischen 3. und der Summe der Positionen 4., 5. und 6.)	22 182
8.	Nettokreditaufnahme des Bundes.....	-
9.	Finanzierungssalden der Sondervermögen.....	-
10.	Für die Schuldenregel relevante Kreditaufnahme..... (Differenz zwischen 8. und 9.)	-
Nachrichtlich: Stand des Kontrollkontos auf Basis des Haushaltsabschlusses 2013.....		85 701

Datengrundlage: Jeweils aktuelle Daten des Statistischen Bundesamts und gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen der Bundesregierung.

zu 4ab., 4bb. und 9: Zu den Sondervermögen gehören der "Energie- und Klimafonds" sowie der Fonds "Aufbauhilfe". Es ist derzeit noch nicht absehbar, in welchem Zeitraum und mit welchen Jahresfälligkeiten die übrigen Mittel des Fonds "Aufbauhilfe" abfließen werden.

Differenzen durch Rundung möglich.

Nachtrag zum Gesamtplan - Teil III:

Finanzierungsübersicht

Finanzierungsübersicht		Bisheriger Betrag für 2015	Für 2015 treten hinzu	Neuer Betrag für 2015
		1 000 €		
1		2	3	4
1.	Berechnung des Finanzierungssaldos			
1.1	Einnahmen..... (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und Münzeinnahmen) <i>davon:</i> <i>Steuereinnahmen</i> <i>Verwaltungseinnahmen</i>	298 820 000 277 479 000 21 341 000	2 500 000 1 445 500 1 054 500	301 320 000 278 924 500 22 395 500
1.2	Ausgaben..... (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages) Negativer Finanzierungssaldo (Finanzierungsdefizit).....	299 100 000 -280 000	2 500 000 -	301 600 000 -280 000
2.	Deckung des Finanzierungssaldos			
2.1	Münzeinnahmen.....	280 000	-	280 000
2.2	Nettoneuverschuldung (Nettokreditaufnahme) am Kreditmarkt.....	-	-	-
2.3	Summe.....	(280 000)	(-)	(280 000)

2.1 Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes sowie der Verordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes für das Haushaltsjahr 2012

Die Verschuldungsregel des Art. 109 Grundgesetz sieht gemäß Art. 115 Grundgesetz für den Bund eine Obergrenze der strukturellen Neuverschuldung in Höhe von 0,35 % des BIP vor. Während eines Übergangszeitraums bis 2015 gilt eine höhere Obergrenze (Art. 143d Grundgesetz). Abweichungen der Ist-Nettokreditaufnahme von der zulässigen Obergrenze sind auf einem Kontrollkonto zu buchen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Abrechnung für das Jahr 2011 (endgültig) und für das Jahr 2012 (Stand 1. März 2013):

	Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme	2011		2012	
		Soll	Ist	Soll ¹⁾	Ist ²⁾
		- Mrd. € -			
1	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in % des BIP) (Basis 2010: 2,21%, Abbauschritt: 0,31% p.a.)	1,902		1,591	
2	Nominales Bruttoinlandsprodukt des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	2.397,1		2.476,8	
3	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (1) x (2)	45,6		39,4	
4	Nettokreditaufnahme	48,4	17,3	27,9	22,3
4a	Nettokreditaufnahme Bundeshaushalt	48,4	17,3	27,9	22,5
4b	Finanzierungssaldo Energie- und Klimafonds	-	0,0	-	0,2
5	Saldo finanzieller Transaktionen	- 5,0	2,0	4,3	- 7,4
5a	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen	4,2	4,9	6,9	4,8
5aa	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	4,2	4,9	6,9	4,8
5ab	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0	-	0,0
5b	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen	9,3	2,8	2,7	12,2
5ba	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	9,3	2,8	2,7	12,2
5bb	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0	-	0,0
6	Konjunkturkomponente Soll: (6a) x (6c) Ist: [(6a) + (6b)] x (6c)	- 2,5	1,1	- 5,3	- 7,1
6a	Nominale Produktionslücke (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	- 15,5		- 33,3	
6b	Anpassung an tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung [Ist (6ba) - Soll (6ba)]% x (6bb)		22,1		- 11,3
6ba	nominales Bruttoinlandsprodukt (% ggü. Vj.)	3,0	3,9	2,4	2,0
6bb	nominales Bruttoinlandsprodukt des Vorjahres		2.496,2		2.592,6
6c	Budgetsensitivität (ohne Einheit)	0,160		0,160	
7	Abbauverpflichtung aus Kontrollkonto	-		-	
8	Maximal zulässige Nettokreditaufnahme (3) - (5) - (6) - (7)	53,1	42,5	40,5	54,0
9	Strukturelle Nettokreditaufnahme (4) + (5) + (6)	40,9	20,4	26,8	7,7
	in % des BIP	1,71	0,85	1,08	0,31
10	Be(-)/Ent(+)lastung des Kontrollkontos (8) - (4) oder (3) - (9)		25,2		31,7
11	Saldo Kontrollkonto Vorjahr		0,0		25,2
12	Saldo Kontrollkonto neu (10) + (11)		25,2		56,9
Abweichungen in den Summen und in den Produkten durch Rundungen möglich.					
1) Soll bezieht sich auf das Haushaltsgesetz 2012 vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2938).					
2) Vorläufige Bebuchung des Kontrollkontos zum 1. März 2013; die endgültige Bebuchung erfolgt jeweils zum 1. September des dem betreffenden Haushaltsjahr folgenden Jahres.					

2.1 Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes sowie der Verordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes für die Haushaltsjahre 2012 und 2013

Die Verschuldungsregel des Art. 109 GG sieht gemäß Art. 115 GG für den Bund eine Obergrenze der strukturellen Neuverschuldung in Höhe von 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts vor. Während eines Übergangszeitraums bis 2015 gilt eine höhere Obergrenze. Abweichungen sind auf einem Kontrollkonto zu buchen. Die Tabelle zeigt die Abrechnung für das Jahr 2012 (endgültig) und für das Jahr 2013 (vorläufig - Stand 1. März 2014):

	Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme	2012		2013	
		Soll	Ist	Soll ¹⁾	Ist ²⁾
		- Mrd. € -			
1	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in % des BIP) (Basis 2010: 2,21%, Abbauschritt: 0,31% p.a.)	1,591		1,281	
2	Nominales Bruttoinlandsprodukt des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	2.476,8		2.592,6	
3	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (1) x (2)	39,4		33,2	
4	Nettokreditaufnahme	26,1	22,3	17,0	14,7
4a	Nettokreditaufnahme Bundeshaushalt	26,1	22,5	17,0	22,1
4b	Finanzierungssaldo Energie- und Klimafonds	-	0,2	-	- 0,1
4c	Finanzierungssaldo Aufbauhilfefonds	-	-	-	7,4
5	Saldo finanzieller Transaktionen (5a) - (5b)	4,3	- 7,4	- 5,2	- 4,6
5a	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen	6,9	4,8	5,4	5,6
5aa	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	6,9	4,8	5,4	5,6
5ab	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0	-	0,0
5ac	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Aufbauhilfefonds	-	0,0	-	0,0
5b	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen	2,7	12,2	10,5	10,2
5ba	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	2,7	12,2	10,5	10,2
5bb	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0	-	0,0
5bc	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Aufbauhilfefonds	-	0,0	-	0,0
6	Konjunkturkomponente: Soll:(6a) x (6c) Ist: [(6a) + (6b)] x (6c)	- 5,3	- 6,4	- 3,1	- 3,9
6a	Nominale Produktionslücke (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	- 33,3		- 16,2	
6b	Anpassung an tatsächliche wirtschaftliche Entwick [Ist (6ba) - Soll (6ba)]% x (6bb)		- 6,5		- 4,1
6ba	nominales Bruttoinlandsprodukt (% ggü. Vj.)	2,4	2,2	2,8	2,7
6bb	nominales Bruttoinlandsprodukt des Vorjahres		2.609,9		2.666,4
6c	Budgetsensitivität (ohne Einheit)	0,160		0,190	
7	Abbauverpflichtung aus Kontrollkonto	-		-	
8	Maximal zulässige Nettokreditaufnahme (3) - (5) - (6) - (7)	40,5	53,2	41,4	41,7
9	Strukturelle Nettokreditaufnahme (4) + (5) + (6)	25,0	8,5	8,8	6,2
	in % des BIP	1,01	0,34	0,34	0,24
10	Be(-)/Ent(+)lastung des Kontrollkontos (8) - (4) oder (3) - (9)		30,9		27,0
11	Saldo Kontrollkonto Vorjahr		25,2		56,1
12	Saldo Kontrollkonto neu (10) + (11)		56,1		83,0
Abweichungen in den Summen und in den Produkten durch Rundungen möglich.					
1) Soll bezieht sich auf das Haushaltsgesetz 2013 vom 20. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2757).					
2) Vorläufige Bebuchung des Kontrollkontos zum 1. März 2014; die endgültige Bebuchung erfolgt jeweils zum 1. September des dem betreffenden Haushaltsjahr folgenden Jahres.					

2.1 Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes sowie der Verordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes

Die Verschuldungsregel des Art. 109 GG sieht gemäß Art. 115 GG für den Bund eine Obergrenze der strukturellen Neuverschuldung in Höhe von 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts vor. Die Tabelle zeigt die Abrechnung für das Jahr 2013 (endgültig) und für das Jahr 2014 (vorläufig - Stand 1. März 2015):

		2013		2014	
		Soll ¹⁾	Ist	Soll ²⁾	Ist ³⁾
		- Mrd. Euro -			
1	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in % des BIP) (Basis 2010: 2,21%, Abbauschritt: 0,31% p.a.)	1,28		0,97	
2	Nominales Bruttoinlandsprodukt des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	2.592,6		2.737,6	
3	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (1) x (2)	33,2		26,6	
4	Nettokreditaufnahme	17,0	14,7	6,6	0,8
4a	Nettokreditaufnahme Bundeshaushalt	17,1	22,1	6,5	0,0
4b	Finanzierungssaldo Energie- und Klimafonds	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1
4c	Finanzierungssaldo Aufbauhilfefonds	-	7,4	-	- 0,7
5	Saldo finanzieller Transaktionen	- 5,2	- 4,6	- 2,9	- 2,4
5a	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen	5,4	5,6	2,0	2,2
5aa	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	5,4	5,6	2,0	2,2
5ab	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0	-	0,0
5ac	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Aufbauhilfefonds	-	0,0	-	0,0
5b	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen	10,5	10,2	4,9	4,6
5ba	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	10,5	10,2	4,9	4,6
5bb	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0	-	0,0
5bc	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Aufbauhilfefonds	-	0,0	-	0,0
6	Konjunkturkomponente: Soll: (6a) x (6c) Ist: [(6a) + (6b)] x (6c)	- 3,1	- 6,5	- 4,9	- 5,9
6a	Nominale Produktionslücke (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	- 16,2		- 23,2	
6b	Anpassung an tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung [Ist (6ba) - Soll (6ba)]% x (6bb)		- 18,1		- 5,1
6ba	nominales Bruttoinlandsprodukt (% ggü. Vj.)	2,8	2,2*	3,5	3,4*
6bb	nominales Bruttoinlandsprodukt des Vorjahres		2.749,9*		2.809,5*
6c	Budgetsemielastizität (ohne Einheit)	0,19		0,21	
7	Abbauverpflichtung aus Kontrollkonto	-		-	
8	Maximal zulässige Nettokreditaufnahme (3) - (5) - (6) - (7)	41,4	44,4	34,3	34,9
9	Strukturelle Nettokreditaufnahme (4) + (5) + (6)	8,8	3,6	- 1,2**	- 7,5**
	in % des BIP	0,34	0,14	- 0,05**	- 0,28**
10	Be(-)/Ent(+)lastung des Kontrollkontos (8) - (4) oder (3) - (9)		29,6		34,1
11	Saldo Kontrollkonto Vorjahr		56,1		85,7
12	Saldo Kontrollkonto neu (10) + (11)		85,7		119,8

Abweichungen in den Summen und in den Produkten durch Rundungen möglich.

1) Soll 2013 bezieht sich auf das Haushaltsgesetz 2013 vom 20. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2757).

2) Soll 2014 bezieht sich auf das Haushaltsgesetz 2014 vom 15. Juli 2014 (BGBl. I S. 914).

3) Vorläufige Bebuchung des Kontrollkontos zum 1. März 2015; die endgültige Bebuchung erfolgt zum 1. September 2015.

* Gemäß neuer Systematik ESVG 2010.

** Negative Werte stellen Überschüsse dar.

Literaturverzeichnis

Beck, Hanno/Prinz, Aloys:

Staatsverschuldung – Ursachen, Folgen, Auswege , 2011

Brügelmann, Ralf/Kroker, Rolf/Schaefer, Thilo:

Faktencheck Schuldenbremse und Schuldencheck Bundesländer: Eine Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, 2011

URL zum Download der PDF-Datei:

<http://www.insm.de/insm/dms/insm/text/presse/pressemitteilungen/2011/texte-zur-sozialen-marktwirtschaft-6/Texte%20zur%20Sozialen%20Marktwirtschaft%20Band%206.pdf>
[02.06.2015]

Brügelmann, Ralph/Schaefer, Thilo:

Die Schuldenbremse in den Bundesländern, 2012

Bundesanzeiger-Verlag:

Bundesgesetzblatt vom 31.07.2009, Gesetz vom 29.07.2009, S. 2248-2250, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d)

URL zum Abruf der PDF-Datei:

http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/text.xav?SID=&tf=xaver.component.Text_0&toctf=&qmf=&hlf=xaver.component.Hitlist_0&bk=bgbl&start=%2F%2F%5B%40node_id%3D%27292954%27%5D&skin=pdf&tlevel=-2&nohist=1
[02.08.2015]

Bundesanzeiger-Verlag:

Bundesgesetzblatt vom 17.08.2009, Gesetz vom 10.08.2009, S. 2702-2706, Begleitsatz zur zweiten Föderalismusreform

URL zum Abruf der PDF-Datei:

http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/text.xav?SID=&tf=xaver.component.Text_0&toctf=&qmf=&hlf=xaver.component.Hitlist_0&bk=bgbl&start=%2F%2F%5B%40node_id%3D%27292892%27%5D&skin=pdf&tlevel=-2&nohist=1
[02.08.2015]

Bundesministerium der Finanzen:

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

URL zum Abruf der PDF-Datei:

http://www.bundeshaushalt-info.de/fileadmin/de.bundeshaushalt/content_de/dokumente/2015/soll/Haushaltsplan-2015.pdf

[15.07.2015]

Zitiert als: Bundesfinanzministerium, Bundeshaushaltsplan 2015

Bundesministerium der Finanzen:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 (Nachtragshaushaltsgesetz 2015)

URL zum Abruf der PDF-Datei:

http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Bundeshaushalt/Bundeshaushalt_2015/2015_07_02_Gesamt_Nachtrag_2015-Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=2

[18.07.2015]

Zitiert als: Bundesfinanzministerium, Nachtrag zum Haushaltsplan 2015

Bundesministerium der Finanzen:

Haushaltsrechnung des Bundes für das Haushaltsjahr 2012:

URL zum Abruf der PDF-Datei:

http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Bundeshaushalt/Haushalts_und_Vermögensrechnungen_des_Bundes/2013-06-13-haushaltsrechnung-des-bundes-2012.pdf?__blob=publicationFile&v=1

[26.07.2015]

Zitiert als: Bundesfinanzministerium, Haushaltsrechnung 2012

Bundesministerium der Finanzen:

Haushaltsrechnung des Bundes für das Haushaltsjahr 2013:

URL zum Abruf der PDF-Datei:

http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Bundeshaushalt/Haushalts_und_Vermögensrechnungen_des_Bundes/2014_06_30_haushaltsrechnung-des-bundes-2013.pdf?__blob=publicationFile&v=5

[26.07.2015]

Zitiert als: Bundesfinanzministerium, Haushaltsrechnung 2013

Bundesministerium der Finanzen:

Haushaltsrechnung des Bundes für das Haushaltsjahr 2014:

URL zum Abruf der PDF-Datei:

http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Bundeshaushalt/Haushalts_und_Vermögensrechnungen_des_Bundes/2015_06_15_haushaltsrechnung-des-bundes-2014-Teil-1.pdf?__blob=publicationFile&v=3

[26.07.2015]

Zitiert als: Bundesfinanzministerium, Haushaltsrechnung 2014

Bundesministerium der Finanzen:

Kompendium zur Schuldenbremse des Bundes, 2015

URL zum Abruf der PDF-Datei:

http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Schuldenbremse/kompendium-zur-schuldenbremse-des-bundes.pdf?__blob=publicationFile&v=7

[02.06.2015]

Zitiert als: Bundesfinanzministerium, 2015

Buscher, Daniel:

Der Bundesstaat in Zeiten der Finanzkrise: Ein Beitrag zur Reform der deutschen Finanz- und Haushaltsordnung (Föderalismusreform),
Dissertation Universität Bremen, 2010

Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode:

Drucksache 16/12410: Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes

URL zum Abruf der PDF-Datei:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/124/1612410.pdf>

[06.08.2015]

Europäische Union:

Protokoll Nr. 12 über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit

URL zum Abruf der PDF-Datei:

http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/modul_06/Hintergrundinformationen/Pdf/Rechtsgrundlage_Defizit.pdf

[02.08.2015]

Gerling, Wigbert:

Schuldenbremse steht jetzt in Landesverfassung in: Weser-Kurier, 2015

URL zum Abruf der Website:

http://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-politik-wirtschaft_artikel,-Schuldenbremse-steht-jetzt-in-Landesverfassung-_arid,1039629.html
[13.07.2015]

GeVestor:

Prozyklische Fiskalpolitik einfach erklärt

URL zum Abruf der Website:

<http://www.gevestor.de/details/prozyklische-fiskalpolitik-einfach-erklart-650392.html>
[01.08.2015]

Haushaltssteuerung:

Lexikon zur öffentlichen Haushalts- und Finanzwirtschaft – Ausgaben, bereinigte

URL zum Abruf der Website:

<http://www.haushaltssteuerung.de/lexikon-ausgaben-bereinigte.html>
[13.07.2015]

Hieber, Fritz:

Volkswirtschaftslehre: Lust auf Wirtschaft, 6. Auflage, 2012

Hoff, Benjamin-Immanuel:

Staatsverschuldung, 2007

Kirchhof, Gregor:

Die Allgemeinheit des Gesetzes: Über einen notwendigen Garanten der Freiheit, der Gleichheit und der Demokratie, 2009

Kirchhof, Paul:

Die Staatsverschuldung als Ausnahmeinstrument in: Grupp, Klaus/Hufeld, Ulrich (Hrsg.): Recht – Kultur – Finanzen, 2005, S. 131-147

Klepzig, Marion Eva:

Die „Schuldenbremse“ im Grundgesetz – Ein Erfolgsmodell?:
Rechtswissenschaftliche Analyse der im Grundgesetz normierten
Schuldenbremse unter Einbeziehung ökonomischer und polit-
ökonomischer Aspekte, Dissertation Goethe-Universität Frankfurt am
Main, 2015

Koemm, Maxi:

Eine Bremse für die Staatsverschuldung?, Dissertation Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, 2011

Lenz, Christofer/Burgbacher, Ernst:

Die neue Schuldenbremse im Grundgesetz in: Neue juristische Wochenschrift – Nr. 35/2009 vom 20.08.2009

URL zur zum Abruf der PDF-Datei:

http://www.ivr.uni-stuttgart.de/mitarbeiter/weitere/lenz/NJW_35-2009.pdf
[02.06.2015]

Magin, Christian:

Die Wirkungslosigkeit der neuen Schuldenbremse in: Wirtschaftsdienst, 2010

URL zum Download-Bereich der PDF-Datei:

<http://www.wirtschaftsdienst.eu/archiv/jahr/2010/4/die-wirkungslosigkeit-der-neuen-schuldenbremse/>
[18.07.2015]

Mayer, Astrid:

Die sogenannte Schuldenbremse im Grundgesetz: Verfassungsmäßigkeit der Begrenzung der Kreditaufnahme der Länder und Umsetzung der Schuldenbegrenzungsregeln in den Ländern, 2014

Neidhardt, Hilde:

Staatsverschuldung und Verfassung, Dissertation Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, 2010

Pünder, Hermann:

Generationengerechtigkeit in der öffentlichen Finanzwirtschaft:

Maßnahmen zur Begrenzung und zum Abbau der Staatsverschuldung in: Henneke, Hans-Günter (Hrsg.): Kommunen in den Föderalismusreformen I und II, 2008, S. 69-108

Ryczewski, Christoph:

Die Schuldenbremse im Grundgesetz: Untersuchung zur nachhaltigen Begrenzung der Staatsverschuldung unter polit-ökonomischen und bundesstaatlichen Gesichtspunkten, Dissertation Humboldt-Universität Berlin, 2011

Schiller, Robert:

Die verfassungsrechtliche Begrenzung der Staatsverschuldung:
Herausforderungen an die Schuldenbremse, 2013

Schumpeter, Joseph:

Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 8. Auflage, 2005

Stabilitätsrat:

Konsolidierungsberichterstattungen 2011 – 2014

URL zum Download-Bereich der PDF-Dateien:

http://www.stabilitaetsrat.de/DE/Dokumentation/Ueberwachung-Konsolidierungshilfen/Konsolidierungsberichterstattung/Konsolidierungsberichterstattung_node.html

[26.07.2015]

Zitiert als: Stabilitätsrat, Konsolidierungsberichterstattungen 2011-2014

Stabilitätsrat:

Kennziffern zur Beurteilung der Haushaltslage

URL zum Abruf der Website:

http://www.stabilitaetsrat.de/DE/Aufgaben/Haushaltsueberwachung%20zur%20Vermeidung%20von%20Haushaltsnotlagen/Kennziffern/Kennziffern_node.html

[13.07.2015]

Zitiert als: Stabilitätsrat, Kennziffern

Staender, Klaus:

Lexikon der öffentlichen Finanzwirtschaft, 6. Auflage, 2004

Abbildungen:**Entwicklung der öffentlichen Verschuldung seit 1970:**

URL zum Abruf der Abbildung:

<http://www.wirtschaftsdienst.eu/archiv/jahr/2011/9/wege-aus-der-permanenten-neuverschuldung/>

[31.07.2015]

Erklärung

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus anderen Quellen direkt oder indirekt übernommenen Daten und Konzepte sind unter Angabe der Quelle gekennzeichnet.“

Es ist mir bekannt, dass die Arbeit mit einer Plagiaterkennungssoftware auf nicht gekennzeichnete Übernahme fremden geistigen Eigentums überprüft werden kann.“

.....

Datum, Unterschrift